

PRESSE- MELDUNGEN

Fränk. Volksblatt, 27.12.85 S. 57

Gymnasiasten befürchten

Mit dem Wehrdienst steigt der Schulstreß Protest gegen Vorverlegung des Abiturs Info-Stand und Demonstration in Würzburg

Nervenkrieg, verstärkter Leistungsdruck, schlechtere Prüfungsbedingungen und zusätzliche Strapazen – mit dieser Horrornvision arbeiten wohl momentan viele Gymnasiasten der 11. Jahrgangsstufen zielstrebig auf ihr Abitur 1989 hin. In diesem Jahr ist nämlich die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate vorgesehen. Für die Schüler der Gymnasien heißt das: kürzere Schulzeit, gleiches Arbeitspensum. Damit die studierwilligen Wehrpflichtigen rechtzeitig zum Beginn des übernächsten Wintersemesters nach der Abi-Prüfung in ihre Studien einsteigen können, muß der Einberufungstermin auf den 1. Juni, der Entlassungstermin vom 30. Juni auf Ende Mai vorverlegt werden. Diese Maßnahme bringt nun auch die Würzburger Gymnasiasten auf die Barrikaden. Geplant ist eine Demonstration der Gymnasien am 1. Juni, außerdem sind die Schüler heute mit einem Info-Stand in der Innenstadt vertreten.

Während das Bayerische Kultusministerium keine Gefahr für die Qualität des Abiturs sieht, sind die betroffenen Schüler, Lehrer und auch Eltern da ganz anderer Meinung. Die Verkürzung der 13. Jahrgangsstufe um insgesamt vier Wochen führt ihrer Ansicht nach unweigerlich zu einer erheblichen Mehrbelastung. Und die geht voll „auf Kosten der gründlichen und umfassenden Vorbereitung der Abiturienten“, meint Dr. Hans Steidle vom Vorstand des Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Der gesamte Lehrplan soll nämlich unverändert beibehalten werden. „Alle Kurse, besonders die Prüfungsfächer, werden damit zu Paukkursen“, so Dr. Steidle. Da zusätzlich das Kolloquium bereits auf Februar vorgezogen wird, müssen die Kollegiaten parallel zur mündlichen Abiturprüfung den laufenden Unterricht besuchen, Klausuren schreiben und Leistungsnachweise bringen.

„Die Schlechteren bleiben dabei auf der Strecke“, befürchtet Dr. Steidle. „Lehrer können keine Rücksicht mehr nehmen.“ Ganz entschieden wendet sich die GEW daher dagegen, daß „militärische Gesichtspunkte ... den Schulen die Arbeitsbedingungen zudiktieren“.

Auch der „nahtlose“ Übergang zwischen Schulzeit, Bundeswehr und Universität ist nach Worten Steidles nicht vertretbar.

Volle Unterstützung findet die Schülerschaft mit ihrem Protest auch bei der Aktion Humane Schule. Dazu deren Sprecherin Ute Maunz: „Die Verlängerung des Grundwehrdienstes wird auf dem Rücken der Schüler ausgetragen. Sie können sich nicht mehr ordentlich auf ihre Prüfungen vorbereiten.“

Annette Bieber

Schüler wollen am Montag gegen Neuregelung demonstrieren

Keine Verschnaufpause zwischen Facharbeit, Abitur und Militärdienst

Ab 1989 wird der Wehrdienst von 15 auf 18 Monate verlängert. Um einen „nahtlosen“ Übergang von Schule, Wehrdienst und Studium zu ermöglichen, will das Bayerische Kultusministerium das erste Halbjahr der 13. Jahrgangsklasse um eine Woche verkürzen und das Abitur vom Mai auf Februar vorziehen. Gegen die daraus erwachsenden zusätzlichen Belastungen für die Abiturienten wollen diese nun am kommenden Montag mit einer Demonstration durch die Stadt (Beginn 14.30 Uhr Residenzplatz) protestieren. Heute informieren die Schüler an einem Informationsstand in der Fußgängerzone über die ihrer Meinung nach unzumutbare Neuregelung.

In einem Gespräch mit unserer Zeitung verwies Françoise Bärmreuther (Mozart-Gymnasium) als Sprecherin der Betroffenen auf drei Hauptkritikpunkte.

● Durch das Vorverlegen der Prüfung würde der Abgabetermin der – sehr arbeitsaufwendigen – Facharbeit mit dem Colloquium (mündliches Abiturfach) zeitlich zusammenfallen. Dadurch entfalle die bisherige Vorbereitungszeit auf das Colloquium. Beides in kürzerer Zeit gut zu machen, sei unmöglich.

● Der „zweite Klops“, so Bärmreuther, sei die Tatsache, daß es künftig keine unterrichtsfreien Tage mehr zur Vorbereitung auf das schriftliche Abitur gebe, wofür sonst die Osterferien zur Verfügung gestanden hätten.

● Als dritten Punkt kritisierte die Schülersprecherin die Verminderung der Unterrichtszeit ohne jegliche Stoffkürzung.

Die wesentliche Forderung der Schüler bestehe darin, die Facharbeit ganz zu streichen, um so mehr Zeit zur Vorbereitung auf die Abiturprüfung zu bekommen.

Den Protesten der Schüler haben sich gestern auch die Würzburger Gruppe der Aktion Humane Schule (AHS) und der Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angeschlossen. Für die AHS meinte Ute Maunz, wieder einmal werde die Imagepflege des bayerischen Abiturs auf dem Rücken der Schüler betrieben. Die Neuregelung führe dazu, daß die Gymnasialisten nach dem Abitur überhaupt nicht mehr ausspannen könnten. Der Ablauf des 13. Schuljahres müsse komplett geändert und die Facharbeit gestrichen werden, meinte Frau Maunz. „Die Schüler kommen im 13. Schuljahr sonst überhaupt nicht mehr zum Luftholen.“

Auch die GEW fordert zur Teilnahme an der Demonstration am 1. Juni auf. Der Sprecher des Kreisverbandes, Dr. Hans Steidle, sagte, die GEW wende sich dagegen, daß militärische Gesichtspunkte den Schulen die Arbeitsbedingungen diktiert. Die Neuregelung bringe eine erhebliche Leistungsver Schärfung mit sich, die auf Kosten einer gründlichen Vorbereitung der Abiturienten gehe. Somit sei es zweifelhaft, ob das Niveau des bayerischen Abiturs durch entsprechende Vorbereitung erhalten werden kann. Vielmehr sei zu befürchten, daß eine erhebliche Anzahl von Kursen zu reinen „Paukkursen“ werden, was jeder sinnvollen pädagogischen Arbeit widerspreche. Die schriftlichen Prüfungen, so Dr. Steidle weiter, stünden unter starker terminlicher Knappheit. Es fehle der zeitliche Puffer für die Prüfungseiter, Wiederholungen und Vertiefungen im Stoff vorzunehmen.

Die GEW kritisiert ferner, daß den jungen Männern, die Wehrdienst leisten müssen, keine Entspannungszeiten mehr nach dem Abitur und vor Beginn des Studiums gewährt werden, was vor allem Einkommensschwächere trafe, die sich keine längeren Ausbildungszeiten leisten könnten.

Herbert Kriener

Zum Thema Schulzeitverkürzung

Zum Artikel „Keine Verschnaufpause zwischen Facharbeit, Abitur und Militärdienst“:

Für den Schülerladen-Schülertreffpunkt e. V. als Veranstalter der Schülerdemonstration am 1. Juni möchte ich zum obengenannten Beitrag noch einige Punkte richtigstellen: Zum einen befindet sich in der Einleitung ein Druckfehler: Der Wehrdienst wird ab 1989 nicht auf 19, sondern auf 18 Monate verlängert. Bei der Information über die Forderungen der Schüler muß es zu einem Mißverständnis gekommen sein. Es ist nicht richtig, daß eine Hauptforderung der Schülervertreter eine Abschaffung der Facharbeit ist. Im Gegenteil haben die unterfränkischen Schülersprecher auf ihrer Tagung im März 1987 mit einstimmigem Beschluß die Bedeutung der

Facharbeit unterstrichen und eine Aufwertung des Notengewichtes der Facharbeit gefordert. Was die Schulzeitverkürzung betrifft, waren sich allerdings die Bezirksschülersprecher und der Bayerische Philologenverband am 19. Mai einig, daß es im Falle einer Verkürzung nicht dazu kommen darf, daß das Colloquium als Teil der Abiturprüfung direkt auf den Abgabetermin der Facharbeit folgt, sondern daß eine zeitliche Entzerrung notwendig ist. In diesem Zusammenhang erscheint es uns auch wichtig zu erwähnen, daß auch der Bayerische Philologenverband den Widerstand der Schülervertreter gegen die Schulzeitverkürzung uneingeschränkt unterstützt.

Schülerladen-Schülertreffpunkt e. V.
Ulrich Kraus, Vorsitzender

MAIN-POST, 10.6.87

Schüler gingen auf die Straße

Würzburg — Gegen eine Verkürzung der Schulzeit zugunsten der für 1990 beschlossenen Verlängerung der Wehrdienstes von 18 auf 24 Monate sprachen sich gestern in der Würzburger Innenstadt viele auch in Schwabmünz und einem anderen bayerischen Städten, etwa 2000 meist jugendliche Demonstranten, die sich gegen die Verkürzung ausgesprochen hatten. Die Demonstration verlief friedlich und verlief ohne Zwischenfälle. Die Demonstranten forderten den Umzug der Wehrdienstverlängerung von der Wehrdienstverlängerung zum Wehrdienst selbst. Die Demonstranten forderten die Wehrdienstverlängerung nicht allein im Gesetz, der Abiturienten durchgeführt werden dürfe. (Bericht auch im Bayernfunk).

2000 Demonstranten aus ganz Unterfranken

Schüler: „Eins, zwei, drei, Verkürzung ist eine Schweinerei“

Parolen wie „Wir sind ... auf die Bundeswehr und geben keine Schulzeit her“, „Lieber in die Schule gehen, als stramm stehen“ oder „Eins, zwei, drei, Verkürzung ist eine Schweinerei“ skandalierten gestern auf einer Demonstration in der Würzburger Innenstadt Schüler aus ganz Unterfranken. Der Protest der nach offiziellen Angaben knapp 2000 jugendlichen Demonstranten richtete sich gegen die geplante Verkürzung der Abiturprüfung zugunsten der für 1990 beschlossenen Wehrdienstverlängerung.

Bereits am Vormittag hatten die beiden unterfränkischen Bezirkschülersprecher Jennifer Wölker und Johannes Mierau dem Vertreter des Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Unterfranken, Oberstudienrat Josef Brecht, Kopien von fast 7000 Unterschriften von Schülern gegen die Schulzeitverkürzung (SZV) übergeben. Kopien deshalb, weil die Originale zum gleichen Zeitpunkt zusammen mit rund 44000 Unterschriften aus anderen Regierungsbezirken in München einem Vertreter des Kultusministeriums ausgehändigt wurden.

Auf Initiative des Schülersprecher-Schülertreffpunkt e. V. Würzburg sowie der Bezirkschülersprecher versammelten sich die Gegner der Schulzeitverkürzung gegen 14.30 Uhr auf dem Residenzplatz. Von dort aus marschierten sie über Theaterstraße und Juliuspromenade in die Fußgängerzone und über die Neuhaus-, Schindl- und Hofstraße zurück zum Residenzplatz.

Auf der dort stattfindenden Kundgebung sprachen sich zunächst die beiden Bezirkschülersprecher, nach einem Entschieden gegen die Schulzeitverkürzung aus. Zunächst betonten sie dabei, daß die Wehrdienstverlängerung entgegen den Versprechungen des Kultusministeriums ausschließlich von der Schule aufgefangen werden müßte, da Bundeswehr und Universitäten zu Zusatzklassen nicht bereit seien. Die Schüler, so Jennifer Wölker, „sollen

alleine das Zeitproblem der Wehrdienstverlängerung ausbaden“.

Die Verkürzung der Kollegstufe bringe, so erörterten die beiden Schülersprecher weiter, nicht nur erhebliche Schwierigkeiten für alle Abiturienten mit sich (etwa durch entfallende Vorbereitungszeiten), sondern nehme darüber hinaus den Wehrpflichtigen durch den gestohlenen Übergang von Schule, Bundeswehr und Studium „die Möglichkeiten, Urlaub zu machen oder zu jobben“. Gerade durch Letzteres würden sozial Schwächere „kräftig benachteiligt“.

Als Ersatz für Kürzungen sprächen sie sich zusammen mit dem Bayerischen Philologenverband und der Landeselternvereinigung, für vernünftige Alternativen aus, wie etwa für Sonderregelungen mit Ableistung des Wehrdienstes in Etappen.

Nach einem Studentenvertreter von der Uni Würzburg sprach sich auch der Vorsitzende des Schülersprecher Würzburg, Ulrich Kraus, gegen die Schulzeitverkürzung aus. Dieser betonte, daß sich der Protest der Schüler, im Gegensatz zu Forderungen des Kultusministeriums, nicht gegen die Wehrdienstverlängerung, sondern gegen die Bundeswehr selbst richte. Die Schülersprecher hätten es nicht als ihre Aufgabe im gegen Entschieden bei der Bundeswehr zu protestieren. Auch unterstützten, wie Kraus sagte, Versuche verschiedener Gruppen, die Proteste „als von einer bestimmten politi-

schon Richtung umgewandt darzustellen“, jeder sachlichen Grundlage.

Der Pressesprecher des Schülersprecher, Martin Pfeiffer, teilte in diesem Zusammenhang mit, daß sich der Verein ausschließlich von der verkürzten Forderung statt Militärdienstere, weil es bei den Protesten nicht um prinzipielle Fragen der Verkürzung, sondern lediglich um die Abwendung nachteiliger Folgen für die Schüler ginge.

Auch der Bayerische Philologenverband betonte in einer Pressemitteilung, daß mit einer Verkürzung des Endes der Abiturklasse (...) abschließend nicht gemeint sei, daß er aber von solchen Veränderungen, die mit dem Wehrdienst gegen die Schulzeitverkürzung tatsächlich andere Ziele verfolgen Abstand nehmen. In der Mitteilung fordert der Vorsitzende des Verbandes, Werner Homel, die Staatsregierung dazu auf, sich an ihren eigenen Kabinettsbeschluss zu erinnern und „für die Abiturienten bayerischer Gymnasien ab 1990 beim Wehrdienstminister eine Sonderregelung zu erwirken“.

Thomas Leidel



Gestern demonstrierten Schüler aus ganz Unterfranken in der Würzburger Innenstadt gegen die Schulzeitverkürzung.
Foto: Heußner

Kundgebungen in etwa 20 bayerischen Städten

Schüler protestierten gegen Schulzeitverkürzung

München (Iby) - Tausende von Schülern haben am Montag in Bayern gegen „Schulzeitverkürzung und Bildungsreformierung“ als Folge der Wehrdienstverlängerung protestiert.

An dem von Lehrerverbänden und -gewerkschaften sowie von Eltern, den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützten Protesttag der Schüler wurden Kundgebungen in etwa 20 bayerischen Städten, Demonstrationen sowie eine Reihe von spontanen „Streiks“ in den bayerischen Schulen veranstaltet. In München „streikten“ nach Angaben der Jungen Presse Bayern rund 9000 Schüler von 23 Schulen. Nach diesen Angaben nahmen mehr als 2000 Schüler - die Polizei sprach von 1000 - an einer zentralen Kundgebung und einer Demonstration durch die Münchner Innenstadt teil. Die Schüler gaben am Kultusministerium rund 50 000 Unterschriften gegen die geplante Schulzeitverkürzung ab.

Zwei Münchner Schüler wurden vorläufig festgenommen, nachdem sie in der Nacht zum Montag in ihren

Schulen Plakate anzubringen versuchten.

Die von 1989 an geplante Verkürzung des Abiturjahres um etwa einen Monat soll dazu dienen, daß wehrdienstpflichtige Abiturienten ohne zeitliche Verzögerung den dann auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst antreten können, erinnerte Kultusminister Hans Zehetmeir. Zum Protesttag hatten die Grünen im Bayerischen Landtag betont, mit der Schulzeitverkürzung sollten die bildungspolitischen Gegebenheiten den wehrpolitischen Notwendigkeiten untergeordnet werden.

Der Bayerische Philologenverband, ein scharfer Gegner der Schulzeitverkürzung, hatte einen Alternativvorschlag gemacht und sich nach anfänglichem Zögern hinter die Protestaktionen gestellt.

Schülerprotest gegen unelastische Bundeswehr

Von etwa 30.000 bayerischen Abiturienten ist rund die Hälfte männlichen Geschlechts, von diesen wird wiederum im Durchschnitt jeder zweite zur Bundeswehr eingezogen. Nur etwa fünf Prozent aller Abiturienten melden sich zur freiwilligen mündlichen Prüfung - und nur diese fünf Prozent setzen im Monat Juni noch einen Fuß über die Schwelle ihres Gymnasiums. Von den rund 4000 bayerischen Abiturienten, die ihren Wehrdienst antreten müssen, sind das ganze 400. Jetzt sollen alle Abiturienten - und ihre Lehrer - dafür büßen, daß die Bundeswehr sich nicht in der Lage sieht, für diese 400 Rekruten eine Sonderregelung zu treffen, die es ihnen erlauben würde, sich trotz Grundausbildung ausreichend auf ihre mündliche Prüfung vorzubereiten.

Zu Recht sind Schüler und Lehrer an den bayerischen Gymnasien verärgert. Die Konsequenzen aus der Verlängerung des Wehrdienstes werden ausschließlich auf ihren Schultern abgeladen. Der Hinweis aus dem Kultusministerium, im

Lehrplan sei so viel "Luft", daß eine Einsparung von zwei Wochen leicht zu verkraften sei, muß wie Hohn wirken. Bayerische Gymnasiasten sind im Vergleich zu ihren Mitschülern im übrigen Bundesgebiet schon jetzt einem deutlich höheren Lerndruck ausgesetzt. In keinem anderen Bundesland ist der Stoff der Kollegstufe so verwissenschaftlicht. Was bayerischen Gymnasiasten 1967 im Abitur abverlangt wird, wäre vor zehn Jahren an einer beliebigen Universität ausreihend gewesen für das Bestehen der Zwischenprüfung nach dem Grundstudium. Das ist kein Grund zum Stolz, sondern eher Anlaß zu der Frage, ob nicht zu viel pädagogischer Freiraum dabei schon auf dem Strecke geblieben ist.

Wenn Tausende von Schülern auf die Straße gehen, weil ihre Schulzeit verkürzt werden soll, dann müßten im Kultusministerium die Alarnglocken läuten. Wer auf diese Weise die Grenzen der Belastbarkeit des "Systems Schule" testet, begibt sich auf dünnes Eis. hh

Süddeutsche Zeitung 2.6.87

MÜNCHEN



Schulfrei aus Protest: Wie in 26 anderen Münchner Gymnasien streikten auch die Schüler des Gisela-Gymnasiums in München-Schwabing aus Protest gegen die vom Kultusministerium geplante Schulzeitverkürzung.
Photo: Karlheinz Egginger

Aus Protest gegen Pläne für vorgezogenes Abitur:

Tausende von Schülern auf den Barrikaden

Streiks und Unterrichtsunterbrechungen an 27 Münchner Lehranstalten / Kundgebung auf dem Odeonsplatz

Mit Schulstreiks, Demonstrationen und einer Kundgebung auf dem Odeonsplatz protestierten gestern Münchens Gymnasiasten gegen die vom Kultusministerium geplante Schulzeitverkürzung. Bei der Aktion unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Klaus Hahnzog bekundeten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) und der bayerische Philologenverband Solidarität mit den etwa 4000 demonstrierenden Schülern. (Siehe auch Kommentar auf Seite 4).

An 27 Münchner Schulen kam es am Montagvormittag zu Streiks und Unterrichtsunterbrechungen. So legten zum Beispiel etwa 300 Schüler des Gymnasiums Neubiberg nach der zweiten Unterrichtsstunde für 15 Minuten die Mitarbeit

ten rechtzeitig zum Wintersemester fertig und könnten ohne Zeitverlust mit dem Studium beginnen.

Aus dieser Logik heraus ging Kultusminister Hans Zehetmair mit dem Philologenverband hart ins Gericht, weil er diese Regelung ablehne. Diese Haltung sei zynisch, wenn junge Männer 18 Monate ihres Lebens opferten für Friede und Freiheit in unserem Land und auch dafür, daß „die Chancen für ein Studium der anderen gesichert bleiben“. Und der GEW warf er vor, sie präsentiere mit ihren Solidaritätsbekundungen zu den

Von Karl Forster

nieder. Vor dem Luisengymnasium wurden Transparente entrollt mit der Forderung, den Plan zur Schulzeitverkürzung zurückzunehmen. Auch im Gisela-Gymnasium weigerten sich „rund 70 Prozent der 700 Schüler, das Schulgebäude zu betreten“, so Oberstudiendirektor Ernst Weinzierl (50) zur SZ. Man habe, so der Schuldirektor, seine „Ermahnungen überhört“. Auch sein Argument, ein Streik sei „schulrechtlich nicht vorgesehen“, fand keinen Zuspruch. Bezüglich disziplinärer Maßnahmen werde man noch nachzudenken haben. „Aber die Rädelsführer“, so Weinzierl, „werden wir ausmachen versuchen.“ Doch die Schüler stießen auch auf Solidarität mancher Lehrer. In einem Gymnasium trat während des Streiks ein Lehrerchor auf, in anderen wurden Podiumsdiskussionen zum Thema abgehalten.

Auch bei der Kundgebung auf dem Odeonsplatz waren Lehrer anwesend und applaudierten bei den Reden von Miriam Lang, der zweiten Landesvorsitzenden der Jungen Presse Bayern, und Franz Jakob, dem Sprecher der Schülerkoordination München. Sie wandten sich gegen die „Diffamierungsversuche“ des Kultusministeriums, das den „schülerfeindlichen Beschluß“ zu verantworten habe. Die Hauptvorwürfe der Schüler: eine deutliche Erschwerung des Abiturs; Lernzeitverkürzung bei gleichen Lerninhalten; noch mehr Streß während des Abiturs und in der Vorbereitungszeit. Nach der Kundgebung wurde dann von den Organisatoren der Aktionen im Kultusministerium eine Sammlung mit 47 000 Unterschriften abgegeben, mit denen die Unterzeichner fordern, den bisherigen Zeitplan beim Abitur beizubehalten.

Der umstrittene Plan des Kultusministeriums besteht darin, von 1989 an das zweite Halbjahr der 13. Klasse um einen Monat auf den 31. Mai zu verkürzen. Dann könnten diejenigen Schüler, so die Begründung, die zur Bundeswehr eingezogen würden, sofort eintreten. Sie wären dann nach den von diesem Jahr an 18 abzudienenden Mona-

Schüleraktionen „ein schauerliches Sammelsurium von Behauptungen“ und versuche, „die Schüler vor ihren ideologischen Karren zu spannen“.

Doch die Gegner der Schulzeitverkürzung argumentieren anders. Für sie gilt: Nur etwa 20 Prozent aller Abiturienten gehen nach der Reifeprüfung zur Bundeswehr, der Rest (50 Prozent Mädchen, 30 Prozent Untaugliche und Wehrdienstverweigerer) muß darunter leiden, daß „wir die Personalprobleme der Bundeswehr ausbaden haben“ (Franz Jakob von der Schülerkoordination München).

Angesichts der massiven Proteste gegen die Neuregelung des Abiturzeitplans signalisierte das Kultusministerium erste Gesprächsbereitschaft. Aus dem Hause am Salvatorplatz war inoffiziell zu erfahren, daß man zumindest überlege, die mündliche Prüfung (Colloquium) nicht, wie geplant, vorzuziehen.

Schülerprotest gegen Kollegstufenreform

Die Schüler in Nürnberg protestieren gegen die Reform der Kollegstufen.

Auch in Nürnberg haben die Schüler der Kollegstufen gegen die Reform der Kollegstufen protestiert.

München - Tausende von Schülern haben in ganz Bayern gegen die geplante Kollegstufenreform und gegen die Schulzeitverkürzung protestiert. Während in anderen Städten wie München und Augsburg die Schüler den Unterricht boykottieren, haben sie in Nürnberg am Nachmittag durch die Stadt protestiert.

Nach Polizeiangaben versammelten sich etwa 500 Teilnehmer vor der Landesgasse, die anschließend zum Eggenberg marschierten. Die Veranstalter schätzten ihre Zahl auf knapp 1.000. Neben den Schülern aus Nürnberg und den umliegenden Städten hatten sich auch Studenten und Gewerkschaftsangehörige eingefunden, um gemeinsam für ihre unterschiedlichen Ziele einzutreten. Die Gymnasiasten in Erlangen hatten eine eigene Kundgebung veranstaltet.

Sprecher der beteiligten Organisationen erklärten in Nürnberg ihre Positionen. Bezirkschülersprecherin Elke Winter führte aus, daß das Kultusministerium versuche, das Abitur zu verschärfen. Zugleich werde die 13. Klasse verkürzt, um einen Anschluß an den verlängerten Wehrdienst zu schaffen.

Die ersten Abiturprüfungen müßten bereits im Februar noch während des laufenden Semesters abgelegt werden. „Dadurch wird für uns das Abitur unnötig erschwert, ohne daß die Bildung verbessert wird“, kritisierte die Schülerin.

Cornelia von Hardenberg, Mitglied der Studentenvertretung der Fachhochschule Nürnberg, befürchtet, daß den Studenten durch die Neugestaltung des Bayerischen Hochschulgesetzes (BHG) „der Boden unter den Füßen weggezogen wird“. Schon jetzt würden sie deutlich benachteiligt, wenn sie neben ihrer Ausbildung für den Lebensunterhalt arbeiten müssen. „Wir fordern Chancengleichheit statt Elitebildung und ein Stipendium statt Studiengebühren“, erklärte Cornelia von Hardenberg.

Nach der Kundgebung zogen die Demonstranten zum Gewerkschaftshaus am Kornmarkt.

Bayernweit hatten sich gestern etwa 20.000 Schüler den Protesten angeschlossen. In München streikten rund 6.000 Gymnasiasten. Schülervereine übergaben dem Kultusministerium eine Liste mit 26.000 Unterschriften gegen die Schulzeitverkürzung. Sowohl in München als auch in Nürnberg wurden jeweils zwei Schüler vorläufig festgenommen, als sie Plakate an Schulgebäuden anbringen wollten.

Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair bezeichnete in einer ersten Stellungnahme die Demonstrationen als „provokative Stimmungsmache“. Die Schulzeitverkürzung sei ein Kompromiß, der nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen sei. Nachteile für die Schüler bringe er nicht.

Kundgebungen und Demonstrationen

Schüler-Protest gegen Verkürzung der Schulzeit

Kultusminister Zehetmair: „Aktionistische Stimmungsmache“

München. (lb) Tausende von Schülern haben am Montag in Bayern gegen „Schulzeitverkürzung und Bildungsdeformierung“ als Folge der Wehrdienstverlängerung protestiert. An dem von Lehrerverbänden und -gewerkschaften sowie von Eltern, den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützten Protesttag der Schüler wurden Kundgebungen in etwa 20 bayerischen Städten, Demonstrationen sowie eine Reihe von spontanen „Streiks“ in den bayerischen Schulen veranstaltet.

Die von 1989 an geplante Verkürzung des Abiturjahres um etwa einen Monat soll dazu dienen, daß wehrdienstpflichtige Abiturienten ohne zeitliche Verzögerung den

dann auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst antreten können. Den Abiturienten müsse dieser nahtlose Übergang von Schule, Bundeswehr und Studium gewährleistet werden, so die Argumentation von Kultusminister Hans Zehetmair.

„Bei diesen Demonstrationen ging es wohl einzig und allein um aktionistische Stimmungsmache“, sagte Kultusminister Hans Zehetmair zum Protesttag. Die Vorverlegung des Entlassungstermins der Abiturienten auf den 1. Juni sei ein Kompromiß, der den wehrpflichtigen studierwilligen Abiturienten bis zu zehn Monaten zusätzliche Wartezeit nach dem Wehrdienst zur Aufnahme des Studiums erspare.

Freie Presse
Volksblatt,
26.87



Etwa 1400 Schüler demonstrierten gestern in der Würzburger Innenstadt gegen die geplante Schulzeitverkürzung an den Gymnasien. Wie bereits berichtet ist für 1989 die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate vorgesehen. Gleichzeitig sollen die 13. Jahrgangsstufe um einige Wochen gekürzt, die Abiturprüfungen vorverlegt werden. Konkret bedeutet das für die Kollegiaten: gleiches Arbeitspensum bei weniger Vorbereitungszeit. Die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer fürchten nun auch um die Qualität des bayerischen Abiturs, die ihrer Meinung nach durch die massive Mehrbelastung einfach sinken muß. Unterstützt wurde der Protest der Schüler aller Würzburger Gymnasien auch vom Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Aktion Humane Schule. Im Anschluß an den friedlichen Protestmarsch folgte am Residenzplatz noch eine Kundgebung. In vielen Städten Bayerns fanden ähnliche Aktionen statt.

abi/Foto: Heer

Streitgespräch zur Schulzeitverkürzung

Sendung der Welle Mainfranken des Bayerischen Rundfunks am
Sonntag, dem 7. Juni 1987

Joachim Langer (BR): Die Schüler gehen wieder auf die Straße. Am Montag war in Würzburg eine Demo auf dem Residenzplatz, 2000 Schüler waren da, und es ging um die geplante Schulzeitverkürzung zugunsten der Bundeswehr. 15 Monate dauert im Moment der Wehrdienst, ab 1989 werden's 18 Monate. Abiturienten wurden bisher zum 1. Juli eingezogen, konnten sich dann ihren Urlaub bis zum Schluß ihrer Dienstzeit aufheben und dann am 1. Oktober zum Wintersemester mit dem Studium beginnen. Dauert der Wehrdienst aber jetzt - also ab 1989 - 18 Monate, geht das nicht mehr, frühestens im November wären die Soldaten fertig und müßten dann zehn Monate warten, bis sie studieren können. Daher haben sich Verteidigungsminister Wörner und die Kultusminister der Länder auf folgendes geeinigt: Die Bundeswehr zieht Abiturienten schon zum 1. Juni ein und das 13. Schuljahr wird folglich um einen Monat verkürzt. Dagegen protestieren die Schüler und so hörte sich das am Montag auf dem Residenzplatz in Würzburg an:

(Es wird ein Band von der Demo eingespielt, eine Gruppe von Schülern singt auf die Melodie der Nationalhymne: "Einigkeit und Recht auf Schulzeit für das Deutsche Schülervolk. Danach laßt uns alle streben schwesterlich bis zum Erfolg!")

Joachim Langer: Bei mir im Studio sitzen sich jetzt gegenüber Walter Eykmann, CSU-Landtagsabgeordneter, Gymnasiallehrer, und Uli Kraus vom Schülerladen in Würzburg - der Schülerladen hat diese Demo am Montag organisiert. Uli, worum geht's euch denn?

Uli Kraus: Ja, wir sind der Meinung, daß mit dieser geplanten Schulzeitverkürzung das Abitur in Bayern erschwert wird, daß hier die Chancengleichheit im Vergleich mit den anderen Ländern noch weiter verringert wird und daß außerdem das Kultusministerium hier eine bildungspolitische Regelung vornimmt, die begründet ist allein durch verteidigungspolitische Gesichtspunkte, obwohl auch die Bundeswehr ohne Aufgabe der 18 Monate Wehrdienst als Ziel Regelungen schaffen könnte, mit denen dieses Problem zu bewältigen wäre, ohne daß die Schulzeit gekürzt werden muß.

Langer: Herr Eykmann:

Walter Eykmann: Ich darf meinem Gesprächspartner energisch widersprechen. Wir sind nicht als Bayern als einzige so schlecht daran, sondern alle Bundesländer, alle Kultusminister, ob CDU/CSU oder SPD, haben sich auf den 1. Juni als Ende der Schulzeit eingestellt. Und ich darf doch alle bitten, nur einmal den Kalender des Jahres 1986 hervorzunehmen und in den Kalender hineinzuschauen, wann und wo da das Schuljahr zuende war. Da war am 17. Mai Pfingstsonntag. Bis dahin waren alle Klausuren geschrieben, bis dahin waren alle Colloquien abgehalten, die Lehrer konnten in den 14 Tagen prüfen...

Langer: Da sollte man schnell erklären: Colloquien sind die mündlichen Abiturprüfungen.

Eykmann: Das vierte Fach, sehr richtig... und am 1. und 2. Juni 1986 waren die sogenannten fakultativen mündlichen Prüfungen, also jene Prüfungen, in die einer freiwillig hineinkann, und somit war alles erledigt. Es kann mir doch einfach keiner vormachen, daß junge Menschen neun Jahre lang - darf ich die Tage zusammenzählen: neun mal 365 Tage - sich mit der Schule beschäftigen und jetzt weil plötzlich vier Wochen weggenommen werden, scheint die Welt unterzugehen.

Kraus: Zum einen Mal: Was das betrifft, daß alle Bundesländer mit dem Problem zu kämpfen hätten. Das ist natürlich nicht der Fall, die anderen Bundesländer haben praktisch alle wesentlich früher das Schuljahr beendet als Bayern. Bayern ist mit seiner Ferienordnung - die wir für gut halten mit den Pfingstferien - als letztes Bundesland jeweils fertig. Bayern hatte bisher schon, um die Einziehung zum 1.7. zu gewährleisten von seinen 13. Schuljahr einen Monat gekürzt.

Wenn Sie das mit dem Schuljahr 1986 vergleichen, ist hier natürlich der extrem schlechteste Fall vorausgesetzt, wenn dieser extrem schlechteste Fall dann erst einmal auftritt mit Schulzeitverkürzung, wird das Problem noch wesentlich größer. Und daß der Juni vollkommen unnötig ist, daß widerspricht doch einfach dem, was das Kultusministerium jetzt als Regelung vorsieht. Wenn dieser Juni tatsächlich so unnötig wäre, warum ist es dann nötig, zum Ausgleich dieser geplanten Schulzeitverkürzung das Halbjahr 13/1, also das erste Halbjahr der 13. Klasse um zwei Wochen zu kürzen, wieso ist es dann nötig, das Colloquium in den Februar vorzuverlegen, wo gleichzeitig parallel zu diesem mündlichen Teil der Abiturprüfung Unterricht und Schulaufgaben stattfinden.

Eykmann: Das ist doch ein Entgegenkommen, daß man das Colloquiumsfach auf Anfang Februar setzt, damit Sie nicht im Mai wie bisher alle vier Prüfungen haben, nämlich die drei schriftlichen plus das eine mündliche. Aber wenn Sie meinen, daß das nicht günstig sei, bin ich gerne bereit mich dafür einzusetzen, daß das Colloquiumsfach im Mai bleibt.

Langer: Ist das ein Vorschlag, der euch entgegenkäme?

Kraus: Das ist ein Vorschlag, den wir schon im März gemacht haben, das Kultusministerium scheint im Moment langsam darauf einzugehen. Es ist doch tatsächlich so, wenn hier dieser Teil der Prüfung vorgezogen wird, man muß sich klarmachen, was das bedeutet: Erstens, es war direkt davor, praktisch eine oder zwei Wochen vor dem Colloquium, der Abgabetermin für die Facharbeit, wo viele Schüler vorher dann noch den letzten Schliff machen an dieser Arbeit; dann weiß jeder Schüler, der das Abitur schon gemacht hat, wie das aussieht im Februar mit Klausuren, denn das zweite Halbjahr der 13. Klasse ist extrem kurz, hier müssen die Klausuren sehr gedrängt geschrieben werden, daß sie spätestens zu den Osterferien alle abgeschlossen sind, dann soll um diese mündliche Prüfung herum auch noch Unterricht stattfinden und dann eine mündliche Prüfung des Abiturs. Das wird ganz zwangsläufig dazu führen, daß zum einen für die Schüler ein wesentlich erhöhter Streß auftritt, zum andern wird es auch dazu führen, daß - wenn man sich den Notendurchschnitt ansehen wird - einfach der Durchschnitt im Colloquium und in den Klausuren des zweiten Halbjahres der 13. Klasse sinken wird, weil das ganz einfach so nicht zu bewältigen ist.

Eykmann: Jeder der Abitur gemacht hat - ich habe jetzt wieder Abiturienten gefragt - wenn sie ehrlich sind, sagt jeder: Das 13. Jahr war mit das schönste Jahr. Von Streß ist in dem Sinne überhaupt nicht die Rede.

Kraus: Aber dann meine Gegenfrage: Wieso ist es dann nötig, das Colloquium zu verlegen...

Eykmann: Gut. o.k., da haben wir uns beide schon darauf verständigt, daß ich da mit Ihnen einer Meinung bin, daß man das wieder auf den alten Punkt zurückführt. Können wir uns sofort darauf verständigen.

Kraus: O.K., dann sind wir einer Meinung...

Eykmann: Gut, prima, sind wir schon mal ganz nah beieinander.

Langer: Ja, ich würde sagen, wir hören jetzt mal mit diesem etwas versöhnlichen Schluß auf. Das waren der CSU-Landtagsabgeordnete Walter Eykmann und Uli Kraus vom Schülerladen in Würzburg zur geplanten Verkürzung des 13. Schuljahres am Gymnasium.

Hinweis: Das tatsächlich aufgenommene Streitgespräch war für die Sendung zu lang und wurde deshalb vom Bayerischen Rundfunk geschnitten, so daß sich beim Schluß der Eindruck ergibt, es wäre quasi zu einer Einigung gekommen. Dies war nicht der Fall.

**SPD fordert „solide
Wissensvermittlung“**

Der Kreisverband Schweinfurt der SPD hat sich mit den Protesten der Gymnasialkinder gegen die Verkürzung des 13. Schuljahres Wehrpflichtverweigerung befaßt. MdL Werner Hollwuchs in einer Mitteilung an unsere Zeitung darauf hin, daß sich seine Fraktion im Landtag vergeblich gegen die Forderung des Kultusministeriums gewehrt habe. Sie sei im Widerspruch zu einer soliden Wissensvermittlung, die gerade für Abiturklassen gefordert werden muß. Durch parallel zur Unterrichtszeit stattfindende mündliche Prüfungen werde der Druck auf die Kollegisten erheblich erhöht. Deshalb soll nach Ansicht Hollwuchs geprüft werden, ob dasumstrittene Vierteljahr Wehrdienst nicht durch Wehrübungen abgedeckt werden könne. Angesichts von häufig beklagtem „Gemeldedienst“ sei nicht einzusehen, so der Abgeordnete weiter, daß alle Abituristen unter Druck gesetzt werden, zumal ohnehin nicht alle einberufen werden.

dhl

Schweinfurter Tagblatt, 2.6.87

DER NEUE TIP: Antje Müller, Du bist als Schülersprecherin des Alzener Spessart-Gymnasiums eine engagierte Gegnerin der ab 1989 geplanten Schulzeitverkürzung an den bayerischen Gymnasien. Kannst Du noch einmal kurz zusammenfassen, um was es bei dieser Maßnahme des Kultusministeriums eigentlich geht?

Antje Müller: Wie bekannt, wird der Wehrdienst von 1989 an um drei auf 18 Monate verlängert. Um einen weiterhin nahtlosen Übergang von Schule, Wehrdienst und Studium zu gewährleisten, soll nach dem Willen des Kultusministeriums die jährliche Schulzeit um circa vier Wochen

DER NEUE TIP im Gespräch mit Antje Müller Schülersprecherin des Alzener Spessart- Gymnasiums, über die landesweiten Proteste gegen die ab 1989 geplante Schulzeitverkürzung

kürzung der Schulzeit auf der Bezirksversammlung der unterfränkischen Schülersprecher bekannt wurde, begannen die Vorbereitungen zu den ersten Aktionen. Wir sind besonders über die Tatsache empört, von offizieller Seite nicht über die geplante Maßnahme unterrichtet worden zu sein. Man hat es nicht für nötig befunden, mit den Betroffenen vorher oder darüber zu sprechen. Neben zahlreichen Schulstreiks, in Alzenau wurde beispielsweise am 8. April gestreikt, ist eine landesweite Unterschriftenaktion angelaufen, deren Listen wir am vergangenen Montag bei der großen Schülerdemonstration in Würzburg übergeben haben. Öffentliche Podiumsdiskussionen mit



verkürzt werden. Ziel dieses Vorhabens ist es, die Wehrpflichtigen jeweils bereits zum 1. Juni einberufen zu können.

DER NEUE TIP: Hierüber ist jetzt ein heftiger Streit zwischen Ministerium und Schülern ausgebrochen. Erstmals seit vielen Jahren finden wieder Schülerstreiks und -demonstrationen statt. Was ist der Grund für Euren energischen Widerstand?

Antje Müller: Die Verordnung des Ministeriums sieht vor, das erste Halbjahr der Jahrgangsstufe 13 um eine Woche zu verkürzen und die mündliche Abiturprüfung von Mai auf Februar vorzuziehen, wobei der Unterricht gleichzeitig fortgesetzt wird. Weiterhin soll das letzte Schulhalbjahr auf knapp acht Wochen verkürzt werden. Dies hat unter anderem zur Folge, daß den Abiturienten für die mündliche Prüfung keine unterrichtsfreie Vorbereitungszeit zur Verfügung steht.

Die Schulzeitverkürzung bedeutet für die Gymnasiasten eine weitere Arbeitsbelastung vor dem Abitur. Weiterhin muß zwangsläufig auf wichtige Lerninhalte verzichtet werden, was einen Qualitätsverlust für das bayerische Abitur mit sich bringt. Und weil das Studium dann unmittelbar an den Wehrdienst anschließt, wird den Wehrpflichtigen während zweieinhalb Jahren jede Möglichkeit genommen, Urlaub zu machen oder sich Geld für das Studium zu verdienen. Aus diesen und weiteren Gründen sind wir gegen jede Form der Schulzeitverkürzung. Und wir werden weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die neue Regelung kämpfen.

DER NEUE TIP: Stichwort Unterstützung. Wie denken Lehrer und Eltern über das Problem?

Antje Müller: Der größte Teil der Lehrer und Eltern ist mit uns

sind von der Schulzeitverkürzung ja direkt mitbetroffen. So haben sie beispielsweise nur noch zwölf Tage Zeit, das schriftliche Abitur zu korrigieren. Manche Lehrer sind sich jedoch nicht sicher, ob sich der Schülerprotest nicht in Wirklichkeit gegen die Verlängerung des Wehrdienstes richtet.

DER NEUE TIP: Das hat Euch in-

tusministerium in einem Schreiben vorgeworfen. Wie steht ihr dazu?

Antje Müller: Diese Unterstützung ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich sage es schon schon auch einmal deutlich: Der Protest von uns Schülerinnen und Schülern richtet sich nicht gegen die Verlängerung des Wehrdienstes, sondern gegen die damit verbundene Schulzeitverkürzung. In dem genannten Schreiben des Ministeriums heißt es unter anderem, daß die Ableistung des Wehrdienstes eine im Grunde

Alternative zur Schulzeitverkürzung: In den Semesterferien zur Bundeswehr

Abgeordnete diskutierten mit Schülern, Lehrern und Elternvertretern des Spessartgymnasiums

Aizenau. Die Schüler des Spessartgymnasiums Aizenau wollen die geplante Verkürzung des letzten Semesters mit der Abiturprüfung, die durch die geplante Wehrdienstverlängerung bedingt ist, nicht annehmen. Am Montag, dem 1. April, zum Abschluß einer Podiumsdiskussion wählten sie einen Protest an. Adressaten für ihren Unmut waren neben der Bundeswehr selbst die beiden Landtagsabgeordneten Henning Kaul und Walter Eykmann (beide CSU), die sich der Diskussion gestellt hatten. Als Alternative zur Schulzeitverkürzung wurde die Aufteilung des Wehrdienstes genannt. Die für das Pensum von 18 Monaten ab 1998 notwendigen Mehrzeiten könnten von den Studierwilligen in Semesterferien nachgeholt werden, schlug Werner Kaiser vom Spessartgymnasium vor und erzielte damit viel Beifall.



Kontrovers, aber ohne konkrete Ergebnisse verlief die Podiumsdiskussion zur geplanten Wehrdienstverlängerung und Schulzeitverkürzung für die Gymnasialisten in Bayern. Die Teilnehmer (von links): Gertrud Englert-Schauer, Irene Treffert, Stefan Roth-Oberleis, Hilmar Schmitt, Günther Heeg und Walter Eykmann.

Obwohl die CSU-Mandatsträger signalisierten, daß es in dieser Frage noch Bewegung geben könnte, viel Hoffnung hatten Schüler und Eltern nicht. Das drückte die Aizenauer Elternbeiratsvorsitzende Irene Treffert deutlich aus. Sowohl die Bundeswehr als auch die CSU in Bayern habe sich da schon festgelegt. Sprecher Kraus ergänzte: »Es werden vollzogene Tatsachen geschaffen, und über die dürfen die Schüler dann diskutieren.«

Lösung gesucht

Neun Teilnehmer aus verschiedenen Gremien zählte die Podiumsdiskussion im Dietrich-Bonhoeffer-Haus am Mittwochabend. Hinzugesellen sich zahlreiche Schüler, Eltern und Lehrer. Der Direktor des Spessartgymnasiums Aizenau, Dr. Hans-Heinrich Vogt, sollte ebenfalls mitdiskutieren, ließ sich aber wegen Krankheit entschuldigen. In der ersten Debatte wurde, geleitet von Günther Heeg, gestellt die einzelnen Teilnehmer, die von der Schülermitverwaltung eingeladen worden waren, ihre Position zu der geplanten Schulzeitverkürzung dar.

Während sich die Schülervertreter Jörg Schick und Winfried Kraus gegen die geplante Maßnahme des Kultusministeriums wandte, die nur die bayerischen Schüler betrifft, betonten die CSU-Vertreter ihre Gesprächsbereitschaft und wollten Alternativen genannt haben. Irene Treffert meinte, die Verlängerung

behaltung der jetzigen Regelung an. Bei dem auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst hätten einige Abiturienten danach dann bis zu zehn Monate Leerlauf, bis sie ihr Studium beginnen können. Das könne dann auch für die Eltern, die ihre Kinder unterhalten müßten, zum Problem werden.

Harte Zeiten angesagt

Für die Grünen meldete sich Stefan Roth-Oberleis, selbst Pädagoge, zu Wort und stellte sich auf die Seite der Schüler und ihrer Forderungen. Wenn die Planungen wahr würden, dann hätte ein männlicher Abiturient, der am Tag nach dem Abitur eingezogen würde, zweieinhalb Jahre keinen Urlaub mehr, argumentierte Roth-Oberleis. Er müsse dann auch seinen Bundeswehrurlaub opfern und an den Schluß hängen, um das Studium rechtzeitig zum November des nächsten Jahres beginnen zu können. Ein solches Verfahren werde keinem Abiturier zugemutet, sagte der Vertreter der Grünen.

Der Sprecher der SPD, Landtagsabgeordneter Hilmar Schmitt, kritisierte, es gehe nicht um, daß die Bildung zugunsten des Militärs zurückgeschraubt werde. Der CSU-Landtagsabgeordnete Walter Eykmann kontierte, er könne nicht verstehen, warum wegen einer Verkürzung um 14 Tage so ein Aufstand gemacht werde, was ihm einigen Widerspruch entgegenbrachte. Stefan Roth-Oberleis stellte

Während Henning Kaul mehrfach anklingelte, daß man im Gespräch mit der Bundeswehr sei und diese möglicherweise eine Sonderregelung für die bayerischen Abiturienten akzeptiere, hielt Hilmar Schmitt diese Aussage für unrealistisch. Eine Separatregelung werde es bei der Bundeswehr nicht geben. Er befand, daß es mit dem früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier eine solche Regelung zugunsten der Schüler nicht gegeben hätte. Das räumte Eykmann zum Teil ein, fügte aber hinzu, daß ursprünglich der 1. April und nicht, wie jetzt anvisiert, der 1. Juni als Stichtag für die Einberufung gelten sollte. Das habe Maier verhindert.

Daß die Bundeswehr, wie von Henning Kaul angedeutet, kompromißbereit sei, wollte Irene Treffert nicht glauben. Sie habe andere Informationen, sagte sie. Kaul solle nicht den Eindruck erwecken, als sei da noch etwas rauszuholen. In Wirklichkeit habe sich auch die CSU schon längst festgelegt. Während Kaul diesen Punkt bestritt, meinte die Studienrätin Gertrud Englert-Schauer, die Schüler seien zu Recht skeptisch. Sie stellte unter

anderem fest, daß das Colloquium nach der neuen Regelung völlig entwertet werde, woraufhin Walter Eykmann ansetzte, die mündliche Prüfung im vierten Abiturfach auf eine Woche im März zu beschränken.

Betroffene bleiben ungefragt

Allgemein wurde kritisiert, daß Schüler, Eltern und Lehrer weder rechtzeitig von der geplanten Verordnung informiert noch um ihre Meinung darüber befragt wurden. Werner Kaiser sprach sich strikt gegen die Verkürzung der Schulzeit um vier Wochen aus. Er brauche diese Zeit unbedingt, sagte er. Auch als Lehrer werde er sich bei dieser Regelung eingeschränkt fühlen. Nach dem Abitur müsse der Schüler dann auch einmal Zeit für sich haben, forderte er unter dem Beifall der übrigen Teilnehmer. Man solle deshalb die fehlenden Monate als Reservierungen in den Semesterferien ablaufen lassen.

Die Schülersprecher Kraus und Schick machten die Bundeswehr für das in Bayern bestehende Dilemma verantwortlich. Die Verantwortlichen hätten unbedacht gehandelt und die bayerische Ferienordnung nicht berücksichtigt. Nun müßten sie auch eine Lösung suchen.

Hilmar Schmitt zeigte sich von der Diskussion enttäuscht. Keiner der Teilnehmer habe am Nerv der Sache gerührt, nämlich der Verlängerung des Wehrdienstes. Hier müßten die Menschen aktiv werden, damit dieses Gesetz rückgängig gemacht werde. Er rief daher die Schüler zu massivem Protest gegen die Wehrdienstverlängerung auf. Auch Stefan Roth-Oberleis sprach sich für eine Verkürzung des Wehrdienstes aus. Die jetzige Regelung sei vollkommen unpraktikabel. Sie ermögliche es dem Bundeswehrabsolventen nicht einmal, sich an seinem Studienort ein Zimmer zu suchen, geschweige denn, sich über die Studienangebote vor Semesterbeginn zu informieren. Der Pädagoge Hermann Fuchs erinnerte die

CSU-Abgeordneten daran, daß bei der ersten Verlängerung des Wehrdienstes die Studierwilligen früher entlassen worden seien. Die Parlamentarier versprochen, daß sie die vorgebrachten Punkte ihrer Fraktion vortragen würden. Das Schlußwort hatte Gertrud Englert-Schauer: »Die Schüler müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen andere eingebrockt haben. Ich finde es unredlich, daß sie den Schülern auch noch schmecken soll.«

Aschaffener Zeitung Beobachter am Main



Zu einem spontanen Streik versammelten sich etwa 50 Schülerinnen und Schüler des Aschaffener Dalberg-Gymnasiums am Montag vormittag nach der großen Pause. Sie wollten mit dem Unterrichtsboykott erreichen, daß die geplante Schulzeitverkürzung wieder rückgängig gemacht wird.
Foto: Heinz-Otto Hesse

Weitere nächste Seite

Die Schulzeit nicht verkürzen! Sit-in am Dalberg-Gymnasium

Spontaner Unterrichtsboykott nach der großen Pause – Direktor: Illegitime Aktion



»Wir haben schon genug Streß. Uns reicht's jetzt.« Die 19jährige Schülerin des Aschaffenburg Dalberg-Gymnasiums macht ihrem Ärger über die geplante Schulzeitverkürzung (wir berichteten) Luft. Gemeinsam mit etwa 50 Gleichgesinnten ist sie am Montag nach der ersten großen Pause nicht mehr in den Unterricht gegangen, sondern hat es sich auf dem Boden der Aula bequem gemacht. »Keine Schulzeitverkürzung, keine Bildungsreform« steht auf den

Plakaten, die an den Fenstern hängen. Doch trotz starker Worte und drohender Disziplinarmaßnahmen – denn der Boykott ist rechtswidrig – herrscht eine friedliche Stimmung. Einige Schüler halten Plakate in den Händen, einer junger Mann spielt Gitarre und singt Lieder von Freiheit und Einigkeit, andere diskutieren. Stellvertretender Schuldirektor Rudolph Dürr versucht die Schüler zur Aufgabe der Aktion zu bewegen, doch die meisten bleiben sitzen.

Es gehe ihnen nicht darum, das Ansehen ihrer Schule zu schädigen, betonen etliche Jungen und Mädchen. »Wir wollen zeigen, daß sich nicht einfach eine Gruppe (gemeint ist die Bundeswehr, d. Red.) über eine andere hinwegsetzen kann.« Die Schüler werfen dem Bayerischen Kultusminister vor, über ihre Köpfe hinweg die Schulzeitverkürzung beschlossen zu haben.

»Wir sind keine Linken«

Und noch etwas möchten die Streikenden klargestellt sehen. »Wir protestieren nicht um des Protestes willen, sondern uns geht es um sachliche Argumente.« Alle, die da auf dem Boden sitzen, streiken zum ersten Mal. »Mir gefällt's ganz gut«, meint ein 18jähriger Schüler, der keine Angst vor Strafen hat. »Solange hier genügend Leute sitzen, kann uns nichts passieren.«

Und ein 18jähriges Mädchen fügt hinzu: »Die können uns nicht einschüchtern. Schließlich wissen wir, wofür wir streiken.« Politisch

möchte sie in keine Schublade gesteckt werden. »Wir sind keine Linken. Es geht hier lediglich um die Interessen von uns Schülern.«

Spontaner Unterrichtsboykott

Zu dem spontanen Streik war es am Montag vormittag gekommen, nachdem die beiden Schulsprecher Ralph Rohmann und Andreas Lentzkow wegen angedrohter Strafmaßnahmen durch den Direktor den Unterrichtsboykott abgeblasen hatten. Doch in der Pause versammelten sich die Schüler in der Aula und beschlossen, trotzdem zu streiken.

Strafen für die Streikenden?

Daß es gerade am Dalberg-Gymnasium zum Sit-in kam – an den übrigen Aschaffenburg Gymnasien herrschte nach Auskunft der Schulleiter Ruhe – mag verwundern; denn selbst Rudolph Dürr kann sich nur noch vage erinnern, daß in den sechziger Jahren »hier mal was los war«. Vielleicht hat jener Schüler recht, der meinte: »An unserer Schule war halt

der Druck besonders groß.«

Direktor Johann Mayr, der wegen Krankheit das Bett hüten mußte, war jedenfalls sehr enttäuscht, als er am Sonntag von einer Mutter von dem geplanten Boykott an seiner Schule erfuhr. »Ich bin aus allen Wolken gefallen«, sagt er. Er nennt die Aktion illegitim sowie unpassend und behält sich strenge schulische Ordnungsmaßnahmen vor, beispielsweise den zeitweisen Ausschluß vom Unterricht oder die Androhung der Entlassung.

Rudolph Dürr, der am Montag früh fast eine Stunde mit den Schülern diskutierte, will über Strafen nicht reden. »Das ist Sache des Disziplinarausschusses.« Auch er hält den Unterrichtsboykott für illegal. »Ich verstehe nicht, warum sich die Schüler mit ihren Forderungen nicht an die politisch Verantwortlichen wenden«, sagt er. »Für einen Streik ist die Schule doch die falsche Adresse.«

»Boykott hat mehr Wirkung«

Denn die meisten Lehrer und ihre Verbände unterstützen die Forderung der Schüler, den bisherigen Modus beizubehalten. Auch sie befürchten nämlich mehr Streß durch die Vorverlegung des Abiturs. Streik oder Unterrichtsboykott lehnen sie allerdings ab. »Es gibt doch legale Mittel«, sagt der stellvertretende Direktor.

Das wissen auch die Schüler, denn viele von ihnen führen am Montag nachmittag zur zentralen Demonstration nach Würzburg. Warum er sich trotz Demonstration, Diskussionen und Unterschriftenlisten am Streik beteiligt hat, formuliert ein Schüler so: »Auch wenn der Boykott nicht rechtmäßig ist, so hat er doch mehr Wirkung als eine Schülerversammlung nachmittags im Schöntal.« Agnes Schönberger

Unehrlieh

Zum Artikel „Schüler: Eins, zwei, drei – Verkürzung eine Schweinerei“ vom 2. Juni.

Die Parolen wie: „Wir ach... auf die Bundeswehr und geben keine Schulzeit her“ oder „Lieber in die Schule gehen als stramm stehen“ machen deutlich, wogegen die Initiatoren des Protestes uns Schüler eigentlich in Stellung bringen wollten, nämlich gegen die Wehrdienstverlängerung und die Bundeswehr im allgemeinen.

Inwieweit die Distanzierung der Veranstalter von Parolen wie „Bildung statt Militär“ ging, sah man dann recht deutlich, als die Veranstalter Aufkleber mit der selben Parole verteilten. Auch ansonsten argumentierten die Veranstalter unsehrlich und unehrlieh. Es wurde z. B. so getan, als ob die Hochschulen nichts zur Lösung beigetragen hätten. Richtig aber ist: Innerhalb des gesamten Bundesgebietes wurden sämtliche Terminpläne der Universitäten geändert, um einen nahtlosen Übergang von Schule, Bundeswehr und Studium zu ermöglichen.

Frank Baumeister,
Hans-Zander-Weg 1, 8714 Wiesent-
heid

MAIN-POST, 10.6.87

Bundeswehrverband mit Philologen einig

Auch Berg für flexible Wehrdienstregelung

München (by) – Auch der Deutsche Bundeswehrverband hält eine flexible Wehrdienstregelung für die bayerischen Abiturienten für notwendig.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der bayerischen Philologen, Werner Honal, brachte der Bereichsvorsitzende Bayern des Verbandes, Prof. Horst Berg, die Sorge zum Ausdruck, die Neufestsetzung des Einberufungstermins der Bundeswehr zum

1. Juni werde künftig einen wesentlichen Teil der bayerischen Abiturienten benachteiligen.

Das gelte für diejenigen Abiturienten, die wegen zusätzlicher mündlicher Prüfungen oder durch fehlende Aufnahmekapazität der Bundeswehr erst zum 1. September eingezogen werden könnten und den Nachteil eines verspäteten Studienbeginns in Kauf nehmen müßten, so Berg und Honal nach einem Gespräch in München.

Die Kultusministerien und das Verteidigungsministerium sollten nach Meinung der Verbandsvorsitzenden Honal und Berg Lösungen suchen, die eine Schlechterstellung bayerischer Abiturienten gegenüber den Schulabgängern anderer Bundesländer ausschließen und soziale Härten vermeiden. Ein möglicher Weg sei es, daß die Betroffenen ihren Wehrdienst gestaffelt ableisten. So könnten sie ohne Verzögerung ihr Studium aufnehmen und die verbleibenden zwei oder drei Monate Wehrdienst in späteren Semesterferien nachdienen.

Keine Einigung im Abitur-Streit

Dortmund (tr) – Die Kultusminister der Länder haben bei ihrer zweektägigen Konferenz in Dortmund den monatelangen Streit um die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe und die gegenseitige Anerkennung des Abiturs nicht beilegen können. Der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK), Baden-Württemberg Wissenschaftsminister Helmut Engler (CDU), äußerte gestern vor Journalisten die Hoffnung, daß noch in diesem Jahr eine Einigung erreicht werde. Hauptstreitpunkte zwischen unions- und SPD-regierten Ländern blieben Engler zufolge die Fächer-Wahlfreiheit der Schüler und die Gewichtung der Abiturfächer. Strittig sei weiterhin die Gestaltung von Bildungsgängen, die in der Oberstufe eine gleichzeitige Berufsausbildung vorgesehen. Das gelte für die baden-württembergischen Berufsgymnasien und die nordrhein-westfälischen Kollegschulen.

MAIN-POST, 17.14.87

Zum Auftakt der Kultusministerkonferenz

Schüler-Proteste gegen Neuordnung der Oberstufe

Hamburg (dpa) – Einige zehntausend Schüler haben gestern bundesweit in zahlreichen Städten gegen die beabsichtigten Änderungen beim Abitur protestiert.

Mit Demonstrationen, Schulstreiks, Vollversammlungen, symbolischen Schulbesetzungen und in Diskussionen mit Lehrern machten die Schüler ihrem Unmut Luft. Der Protest richtet sich insbesondere gegen die von den Kultusministern der unionsregierten Länder geforderte Einschränkung der freien Fächerwahl in den letzten drei Schuljahren vor dem Abitur.

Die Schüler lehnen eine „Reform der Reform“ ab, weil sich die Neuordnung der Gymnasialen Oberstufe von 1972 nach ihrer Ansicht bewährt habe. Anlaß dieser seit Ende der 60er Jahre größten Schülerproteste

ist die Konferenz der Kultusminister, die gestern in Dortmund begann. Bei ihren zweektägigen Beratungen versuchen die Minister, den seit Jahren schwellenden Streit um die künftige Gestaltung des Abiturs und der gymnasialen Oberstufe beizulegen.

Obwohl die Kultusminister bisher teilweise Anmerkungen erzielten, sind einige Punkte nach wie vor strittig, darunter die Anerkennung von berufsbegleitenden Fächern beim Abitur, wie es in mittlerweile in fast allen Bundesländern gibt. Uneinigkeit herrscht auch über die Organisation und die bundesweite Anerkennung von doppelt qualifizierenden Ausbildungsgängen.

Von den Aktionen ausgenommen war gestern Bayern, wo Pfingstferien sind. Allerdings hatten die Schüler dort bereits am 1. Juni zu einem Schülerprotesttag ausgerufen.

MAIN-POST, 12.6.87

Ohnmächtige Schüler?

Zur Diskussion und zu den Demonstrationen zur „Schulzeitverkürzung“:

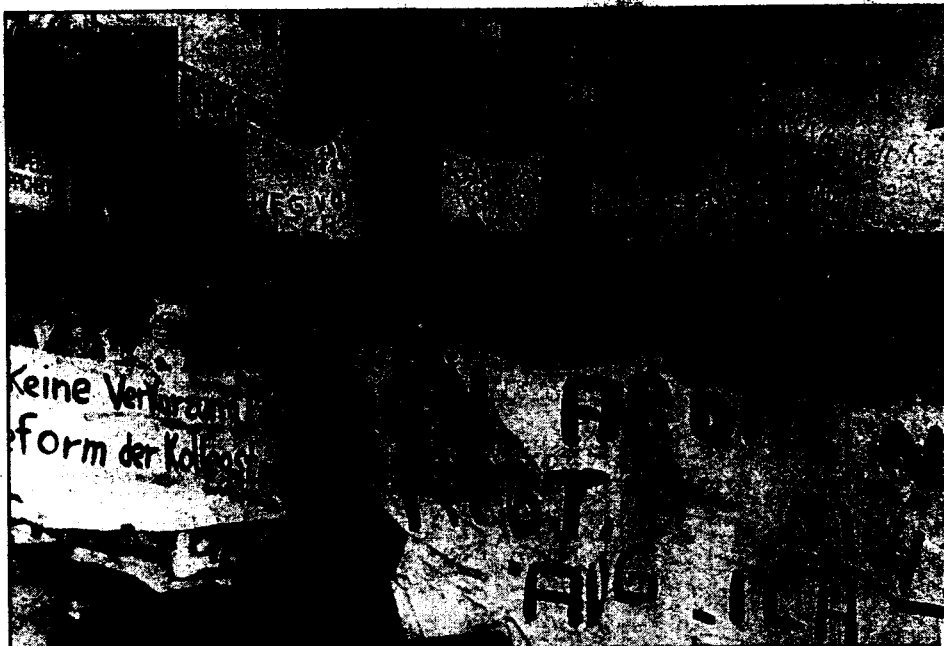
Der Widerstand gegen die geplante Verkürzung fand wohl am 1. Juni von der Schülerseite her ihren Höhepunkt. In ganz Bayern, auch in Würzburg, gingen Abiturienten in spe auf die Straße. Gegen eine Schulzeitverkürzung stand so gut wie alle Schüler und Lehrer, die GRW und der Philologenverband. Für sie spricht sich einzig und allein die bayerische Staatsregierung aus. Hier bekommen wir jungen Staatsbürger gleich mit, daß wir eigentlich nur alle vier Jahre gefragt sind, sonst aber nichts ausrichten können. Zusätzlich zweifeln die Schüler weiter am Sinn einer friedlichen Demonstration, weiß man doch, daß derartige Veranstaltungen dazu dienen, ein Problem öffentlich zu machen. Aber wird sich dadurch etwas ändern?

Wirkliche Veränderungen, verlangt man Schülerdemos zurück, gab es in Spanien 1986 und Frankreich im Januar 1987. Doch nur nach gewalttätigen Ausschreitungen konnten die jungen Leute ihre Ziele durchsetzen. Das ist eigentlich ein trauriges Bild von der Demokratie: Gewalt setzt sich durch!

Wenn in drei Jahren wieder gewählt wird, also das Schrupf-Abi bereits geschrieben ist, wird sich die kultusministerielle Fehlleistung in Wählerstimmen kaum niederschlagen. Was sich anstehen wird, ist die Wut im Bauch, ohnmächtig zu sein, gegenüber Entscheidungen der Regierenden.

Dirk Eilers
Alte Brückenstr. 5, 8701 Sommerhausen

MAIN-POST, 13.14.87



Bildung statt Militär: Gegen die bayerische Bildungsreform demonstrierten gestern auch in Nürnberg rund 800 Schüler, Studenten und Gewerkschafter. Sie zogen von der Lorenzkirche (unser Foto) zum Egldienplatz.

Foto: Manuela Pfann

In ganz Bayern protestierten die Schüler Tausende gingen auf die Straße

st Nürnberg - Gegen „Schulzeitverkürzung und Bildungsreformierung“ protestierten gestern in ganz Bayern Tausende von Schülern. In Nürnberg zogen 800 Demonstranten unter dem Motto

„Jetzt reicht's!“ von der Lorenzkirche zum Egldienplatz.

Die von 1989 an geplante Verkürzung des Abiturjahres um einen Monat soll dazu dienen, daß wehrpflichtige Abiturienten schon im Früh-

jahr, statt im Herbst, den auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst antreten können. „Bildung statt Bund“, forderten deshalb die Abiturienten.

Ihre weiteren Kritikpunkte: Länger studierende Studen-

ten sollen in Zukunft Studiengebühren zahlen. Ein Sprecher: „Das trifft genau die Studenten, die sich ihr Studium selbst erarbeiten müssen und deshalb länger brauchen bis zum Examen.“

Auf die Straße gingen auch die Berufsaufwandschüler, deren Schulzeit um ein Drittel gekürzt werden soll. Nach Angaben der Organisatoren streikten in ganz Bayern 10 000 Schüler. HEUTE Seite 3

Abendzeitung Nürnberg 26.8.

Schule der Nation?

Von Wulf Petzoldt

Nicht für die Schule, fürs Leben lernen wir. Eine Phrase soll das sein? Von wegen. Bayerische Gymnasialisten verdanken dem Kultusministerium, daß sie - wieder einmal - eine lehrreiche Lektion für das Leben bekommen.

Der Kultusminister ist zuständig für die Schüler, der Verteidigungsminister zuständig für die Soldaten. So haben wir es bisher geglaubt (und in Ordnung gefunden). In Wirklichkeit ist dieses Kapitel Staatsbürgerkunde längst überholt. Da müssen Schüler und auch Eltern und Lehrer leider umlernen.

Die neue Lektion geht ganz einfach: Hat der Verteidigungsminister zu wenig Soldaten, verlängert er den Wehrdienst von 15 auf 18 Monate. Und damit er entsprechend früher die Abiturienten er-

ziehen kann, drängt - pardon, bitet er die Kultusminister, das letzte Gymnasialjahr zu verkürzen. Was prompt auch geschieht.

Herr Wörner als Oberbefehlshaber der Bildungspolitik - das muß natürlich in kein Schulbuch. Das versteht eh jeder, der schon die Bundeswehr als „Schule der Nation“ begriffen hat.

Schwerer zu begreifen ist nur noch eines: Dieselben Kultusminister, die Wörner so zu Diensten sind, schreien Zeter und Mordio, wenn andere das Gymnasium ebenfalls dem richtigen Leben anpassen wollen. Wenn also Latein um eine Stunde gekappt, Goethe um ein Gedicht gekürzt werden soll. Aber um das zu verstehen, nehmen wir gern Nachhilfe - es muß ja nicht bei Herrn Wörner sein.

AZ, Nürnberg 2.6.89

Protest gegen kürzere Schule

München (dpa) - Tausende von Schülern haben gestern in Bayern gegen „Schulzeitverkürzung und Bildungsdeformierung“ als Folge der Wehrdienstverlängerung protestiert. An dem von Lehrerverbänden und -gewerkschaften sowie von Eltern, der SPD und den Grünen unterstützten Protesttag der Schüler wurden Kundgebungen in 20 bayerischen Städten veranstaltet. Zwei Münchner Schüler wurden vorläufig festgenommen, nachdem sie in der Nacht zum Montag in ihren Schulen Plakate anzubringen versuchten.

München 2.6.89

Schüler protestierten gegen Schulzeitverkürzung

Kundgebungen in 20 bayerischen Städten - Bei Gauting wurde die Bildung zu Grabe getragen

München/Gauting (lby/mm) - Tausende von Schülern haben am Montag in Bayern gegen „Schulzeitverkürzung und Bildungsdeformierung“ als Folge der Wehrdienstverlängerung protestiert. An dem von Lehrerverbänden und -gewerkschaften sowie von Eltern, den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützten Protesttag der Schüler wurden Kundgebungen in etwa 20 bayerischen Städten, Demonstrationen sowie eine Reihe von spontanen „Streiks“ in den bayerischen Schulen veranstaltet.

In München „streikten“ nach

Angaben des Vorsitzenden der Jungen Presse Bayern, Florian Schneider, rund 9000 Schüler von 23 Schulen. Davon hätten sich mehr als 2000 auf der Leopoldstraße in Schwabing versammelt. Die Polizei dagegen zählte nur etwa 1000 Schüler. Die Schüler nahmen an der zentralen Kundgebung am Odeonsplatz teil. Von dort zogen sie mit Transparenten wie „Bildung statt Militär“ und Musikinstrumenten durch die Innenstadt und am Kultusministerium vorbei, wo Schülervertreter die rund 50 000 Unterschriften gegen die

geplante Schulzeitverkürzung übergaben.

In Gauting trugen Schüler in schwarzer Kleidung die Bildung zu Grabe“, in Olching unterstützten Lehrer mit einer Chor-einlage die Proteste ihrer Schüler.

Die von 1989 an geplante Verkürzung des Abiturjahres um etwa einen Monat soll dazu dienen, daß wehrdienstpflichtige Abiturienten ohne zeitliche Verzögerung den dann auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst antreten können. Den Abiturienten

müsse dieser nah. Übergabe von Schule, Bundeswehr t Studium gewährleistet wird so die Argumentation von Kultusminister Hans Zehetm. Zum Protesttag hatten die Grünen im Bayerischen Landtag Montag betont, mit der Schulzeitverkürzung sollten die dungspolitischen Gegebenheiten wehrpolitischen Notwendigkeiten untergeordnet werden. Der Bayerische Philologenband, ein scharfer Gegner Schulzeitverkürzung, hatte nach anfänglichem Zögern hier die Protestaktionen gestellt.

Schüler demonstrieren gegen Schulzeitverkürzung

WÜRZBURG (rkt). Um die 1500 Schüler — so die Würzburger Polizei — sind gestern in der Mainfrankenmetropole auf die Straße gegangen, um ihren Unmut Luft zu machen. Der Ablauf: Ab '89 wird der Wehrdienst von 15 auf 18 Monate verlängert. Um einen nahtlosen Übergang von Schule, Wehrdienst und Studium zu ermöglichen, will das Kultusministerium im Herbst das erste Halbjahr der 13 Jahrgangsklasse um eine Woche verkürzen und das Abitur von Mai auf Februar verschieben.

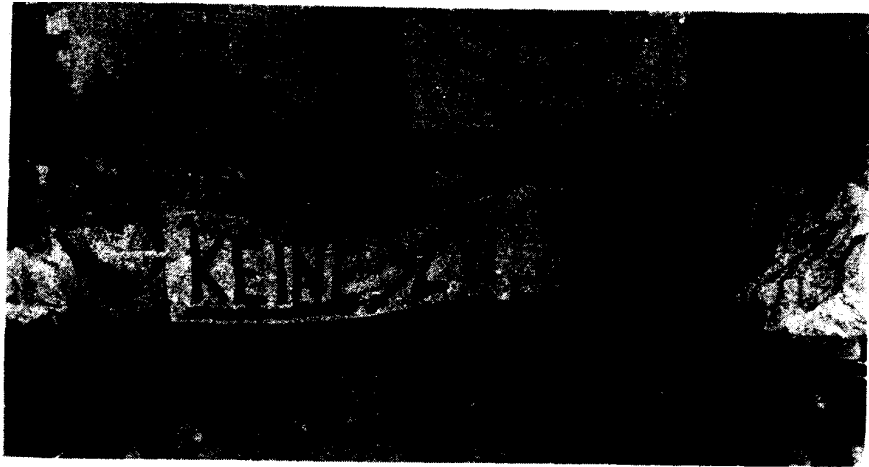
Grund genug für die Schüler, die »Schulzeitverkürzung« auf's Korn zu nehmen, und ihren eigenen Argumenten Gehör zu verschaffen. Gestern fanden in vielen bayerischen Großstädten Demonstrationen statt, mit denen gegen die »zusätzlichen Belastungen« für die Abiturienten protestiert wurde.

Organisatorische Probleme

Dabei sind es organisatorische Probleme, die den Schülern auf der Seele liegen. Durch das Vorverlegen der Abi-Prüfung würde nach Aussagen der Betroffenen der Abgabetermin der — sehr arbeitsaufwendigen — Facharbeit mit dem Colloquium (mündliches Abi) zeitlich zusammenfallen. Durch diesen Engpass entfällt die bisherige Vorbereitungszeit auf das Colloquium. Beides in kürzerer Zeit gut zu machen, ist schwer.

Eine anderes Problem ist, daß es künftig keine unterrichtsfreien Tage mehr zur Vorbereitung auf das schriftliche Abitur geben soll, wofür sonst die Osterferien zur Verfügung gestanden hätten. Als dritten Punkt wird die Verminderung der Unterrichtszeit ohne jegliche Stoffkürzung bemängelt. Eine wesentliche Forderung der Würzburger Schüler besteht darin, die Facharbeit zu streichen. So gebe es wieder mehr Zeit für die Abi-vorbereitungen.

Kitzinger Zeit. 2.6.87



Kitzinger Gymnasiasten protestieren gegen Schulzeitverkürzung

Gegen die Kürzung der Schulzeit, als Konsequenz eines auf 18 Monate verlängerten Wehrdienstes, protestierten auch Kitzinger Gymnasiasten. Sie beteiligten sich an der Demonstration, die gestern Nachmittag in der Würzburger Innenstadt stattfand und in der rund 1500 Jugendliche darüber Klage führten, daß diese Entscheidung des Kultusministeriums für Abiturienten zusätzliche Belastungen bringe (siehe auch Frankenseite).

Kitzinger Zeitung 2.6.1987

Foto: Kappeller

Zum Protesttag hatten die Grünen im Bayerischen Landtag gestern betont, mit der Schulzeitverkürzung sollten die bildungspolitischen Gegebenheiten den wehrpolitischen Notwendigkeiten untergeordnet werden. Der Bayerische Philologenverband — ein scharfer Gegner der Schulzeitverkürzung — hatte einen Alternativvorschlag gemacht und sich nach anfänglichem Zögern hinter die Protestaktionen gestellt.

Kultusminister: Stimmungsmache

»Bei diesen Demonstrationen ging es wohl einzig und allein um elektorale Stimmungsmache«, sagte Kultusminister Hans Zehetmair am Protesttag. Die Vorverlegung des Endabgabetermins der Abiturienten auf den 1. Juni sei ein Kompromiß der den wehrpflichtigen studienwilligen Abiturienten bis zu zehn Monaten zusätzliche Wartezeit nach dem Wehrdienst zur Aufnahme des Studiums erspare.

Der Kompromiß sei nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen, in denen alle Punkte durchgesprochen worden seien.



Vorantwortschaften – eines der Bildungsgänge in der bayerischen Verfassung – wollen die Organisationen der Schülerdemonstration gestern auf dem Marktplatz beweisen. Sie hätten in der „guten Sache“ der Stadt in einem guten Zustand. Das Rücken-Beispiel, dem das Schild „ST“ in der KUM (Kulturminister) und zum Zeichen des Protests gegen die geplante Schülerverkürzung

stille Rufen Klosettpöbel umgehört, worden waren, wurde noch der Kindergartn wieder ordentlich geübt. Es wurde nicht einmal „vergessen“, die aufgeweckten Papieren wieder aus dem Wasserteich zu fischen. Gut 500 Gymnasisten waren von ihren Schulen zum Markt gezogen, um die Ausrüstungspläne heilig anzugreifen.

Foto: Hohenhaus

Schülerprotest gegen geplante Schulzeitverkürzung

„Da muß ich schon fragen, wo der Geist der Demokratie ist?“

Ordentlich Rabatz mit anschließendem Großreinemachen machten gestern rund 500 Gymnasiasten, so die Schätzung der Polizei, auf dem Marktplatz. Die buntemalochte Menge demonstrierte teils mit Trillerpfeifen, Transparenten und Kloppertrollen, zumweit aber „gestitt“ im Schneiderarsitz, mit einigen „flammenoder“ Reden, einem frechen Kabarettstück und einem anschließenden Kulturprogramm dagegen, daß das 13. Schuljahr wegen der Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate um ein Vierteljahr beschritten werden soll. Das Motto der Protestaktion war also kollektiv „Null Bock auf Schule“, sondern „Wir fordern unser Recht auf Bildung!“

Gleich zu Beginn machte einer der Schülervertreter klar, daß sich die Kundgebung nicht gegen die Bundeswehr richte, wie es seitens der Jungen Union unterstellt worden sei. Man wolle sich aber mit den bescheidenen Mitteln, die den Schülern zur Verfügung stünden, dagegen wehren, daß die Schulzeit verkürzt werden soll. Dazu muß man wissen, daß dies deshalb geplant ist, damit die männlichen Abiturienten nach Ableisten ihres Wehrdienstes ohne Wartezeit ins folgende Wintersemester „einsteigen“ können.

„Weniger Schule, das heißt für uns auch weniger Wissen, weniger Bildung, ein niedrigeres Niveau unseres Abschlusses“, machte ein Red-

ner klar. Die vorgeschlagene Alternative, die Wehrpflichtigen könnten auch ihre zwei Monate Urlaub bis zum Ende der Soldatenseit aufsparen, dann müsse nur noch über einen Monat hin- und her verhandelt werden, wurde ebenfalls abgelehnt.

„Zweieinhalb Jahre ohne richtige Ferien, das ist eine unerträgliche Mehrbelastung.“ 1980 würden alle Schulabgänger zum 1. Juli eingezogen, individuellen Spielraum gebe es nicht.

Ständig von Beifall unterbrochen, ging schließlich eine Schülersprecherin „ans Eingemachte“. Sie verglich – aus ihrer Sicht – die Bildungsziele der bayerischen Verfassung „mit dem, wie es tatsächlich aus-

sieht“. „Wir Schüler in Bayern sollen die Besten bleiben in der Bundesrepublik, das ist das liebste Hobby unserer Kultusminister“, meinte sie ironisch.

Für „Herr- und Charakterbildung“, „Verantwortungsgefühl“, „Liebe zur bayerischen Heimat“ und „Ehrfurcht vor Gott“ sollten die Lehrer sorgen, den „Geist der Demokratie“ vermitteln und zur „Selbstbeherrschung“ erziehen.

Das dürfte für die Schüler aber nicht heißen: „Heißt Mama, bis du gefragt wirst.“ Wo bliebe denn der Geist der Demokratie, wenn ihre Bedenken „vom Tisch gefegt“ würden? Man lasse den Organisatoren des Protest, „gewählten Vertretern der Schülerschaft aber“, mit dem Kennschuß aus dem Schießen gubstet und sie als „Vollverweigerer und Demagogen“ hinstellen: „Der Verdacht von Fugittären sei verboten worden.“

Die Schülerschaft abschließend: „Wir würden uns viel mehr Solidarität seitens der Lehrer und auch von den Elternbezirken wünschen!“ dhl

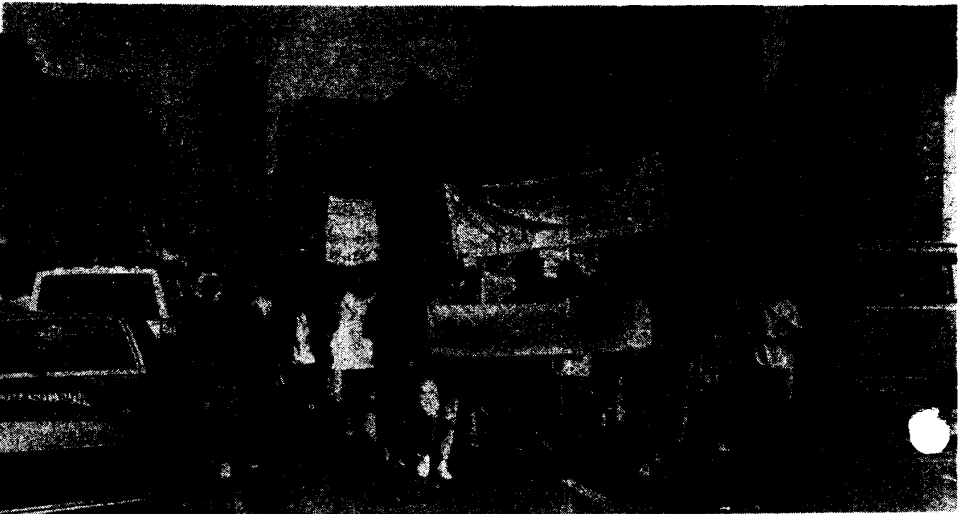
Schneidersitz, Tagesblatt 2.6.87



Aschaffenburg Volkblatt, 6.6.1987

„Für ein Abitur ohne Zeitdruck“ gingen gestern rund 250 Schüler und Schülerinnen in Aschaffenburg auf die Straße. Mit Spruchbändern wie „Kurzes Abi, langer Bund, was ein Schund!“ wollten die Jugendlichen bei ihrem Demonstrationszug durch die Innenstadt auf die Verkürzung des 13. Schuljahres an Gymnasien aufmerksam machen. Nach den Vorstellungen des Kultusministeriums soll das Abitur vorverlegt werden, damit die wehrpflichtigen Abiturienten früher zum auf 18 Monate verlängerten Grundwehrdienst eingezogen werden können. Anderenfalls wäre eine rechtzeitige Entlassung zum Beginn des Herbstsemesters nicht möglich, wodurch Studierwillige nach dem Militärdienst ihr Studium nicht sofort beginnen könnten. „Wir wollen, daß die Schulzeit bleibt wie bisher“, war der Tenor der Demonstrationen. „Die Bundeswehr kann Studierwillige zunächst wie bisher für 15 Monate einziehen. Die fehlenden drei Monate könnten in den Semesterferien abgeleistet werden“, meinten einige der protestierenden Schüler.

Foto: Tino Müller



Rund 200 Schüler und auch einige Eltern beteiligten sich am Montagnachmittag an dem Protestzug der Gymnasiasten durch die Haßfurter Innenstadt. Mit der sehr friedlichen Demonstration wollten die Schüler auf die „unzumutbare Verkürzung“ des 13. Schuljahres – und damit verbunden die /orbereitungszeit aufs Abitur – wegen der Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate hinweisen. Foto: HT-Bopp

Von den Lehrern nur verbal unterstützt

Gymnasiasten protestierten auch in Haßfurt gegen die geplante Schulzeitverkürzung

Haßfurt. Rund 200 Gymnasiasten, einige wenige Eltern und ca. 4 bis 5 Lehrer beteiligten sich am Montagnachmittag in Haßfurt an dem Demonstrationszug gegen die Schulzeitverkürzung und die damit verbundenen Auswirkungen hinsichtlich des Abiturs. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß es nicht eine „Demo“ gegen die Bundeswehr sei, sondern es ausschließlich um die für bayerische Abiturienten unzumutbaren Belastungen bei einer Verkürzung der Kollegstufen-Semester. Wegen der Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate sollen wehrdienstpflichtige Abiturienten in die Lage versetzt werden, ohne zeitliche Verzögerung diesen Dienst zum 1. Juni anzutreten. Die Regelung ist für 1989 erstmalig geplant.

Diese Angelegenheit hat aber erhebliche Nachteile gerade für bayerische Abiturienten. Das erste Halbjahr der 13. Klasse wird um ca. 2 Wochen gekürzt, im 2. Halbjahr beginnen die Abiturprüfungen oft schon vor Ostern (die Osterferien fallen als Vorbereitungszeit weg), das Colloquium (mündliche Prüfung) fällt mitten in die normale Unterrichtszeit, wenn der Lehrplan mit Klausuren und Abfragen noch durchgezogen wird.

Wenn es schon nicht anders gehen sollte, so forderten die engagierten Sprecher der Schülergruppe, Nadja Fiedler und Hanna Uhlig, müsse der Lehrplan gekürzt werden. Da es durch das vorgezogene Colloquium zu Stundenausfällen kommen wird, verkürze sich die effektive Schulzeit erneut. Es sei ein Unding, trotz dieser kürzeren Schulzeit den jetzt schon überreichlichen Lernstoff nicht zu kürzen.

Voll unterstützt werden die Schüler dabei von den Lehrkräften, auch wenn die sich am Montag „drückten“. „Wir sind da sehr enttäuscht. Von 70 Lehrern waren gerade 4 oder 5 bei dem Demonstrationszug dabei. Komischerweise hatten sie alle ausgerechnet um 15 Uhr etwas zu tun“, ärgerte sich Nadja Fiedler. „Leider werden wir von denen nur verbal unterstützt.“

StD. Godehard Maruschke, der stellv. Bezirksvorsitzende im Bayerischen Philologenverband, meinte, daß sich sein Verband deshalb vorsichtig verhalten habe, weil in manchen Städten gegen die Bundeswehr demonstriert wurde. Allerdings sei da in Haßfurt keine Gefahr gewesen. Maruschke machte die Stellung seiner Berufsorganisation zu den geplanten Veränderungen deutlich:

1. Wir sagen ein klares Ja zur Bundeswehr, ihrem Verteidigungsauftrag und ihren Verpflichtungen gegenüber der NATO.
2. Wir sind der Auffassung, daß der 1. Juni als neuer Einberufungstermin die bayerischen Abiturienten am meisten belastet: Prüfungen während der Unterrichtszeit; engeres Zusammenrücken von Colloquium und Facharbeitsabgabe. Andere Bundesländer haben andere Abiturordnungen und einfachere Abiturbedingungen.
3. Wir sind der Meinung, daß 100 Prozent der bayerischen Abiturienten und die Lehrer in der Kollegstufe von der geplanten Neuregelung zusätzlich belastet werden, während Abiturienten anderer Bundesländer so gut wie gar nicht betroffen sind.
4. Die Prüfungs-, Korrektur- und Unterrichtsbelastung der betroffenen Lehrer steigen weiter.

Sonderregelung gefordert

Da die volle anerkannte Qualität des bayerischen Abiturs nicht angetastet werden darf, befürwortet der Bayerische Philologenverband:

1. Keine zeitliche Veränderung in der Kollegstufe in Bayern; keine Neuschneidung des Schuljahres in Bayern in Zusammenhang mit der Wehrdienstverlängerung.
2. Möglichkeiten von Sonderregelungen für die ca. 4000 bayerischen Abiturienten beim Eintritt in die Bundeswehr, wie sie schon bundesweit 6000 Fachoberschulabsolventen zugestanden bekommen haben.

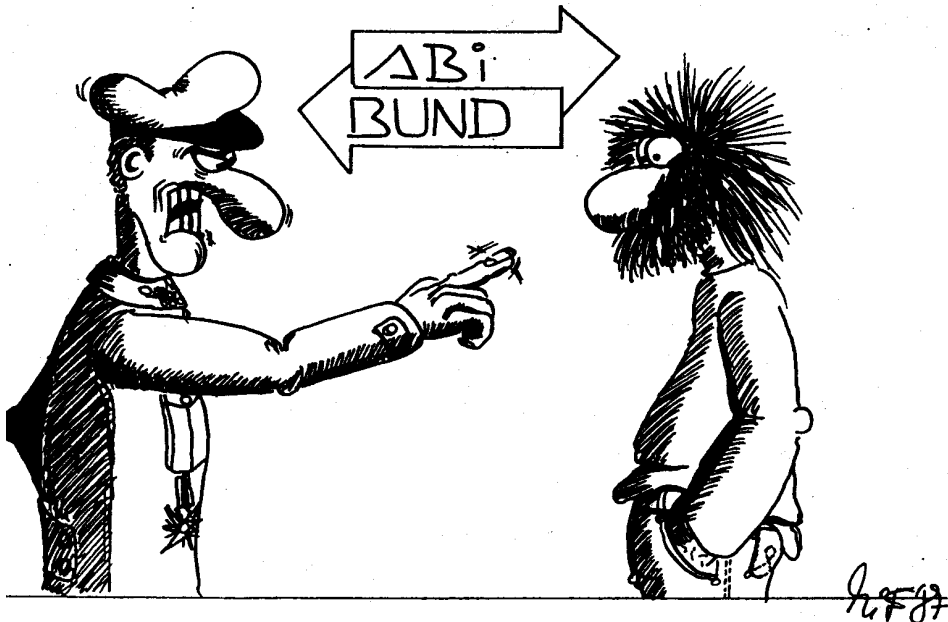
Bundeswehr, Hochschulen und Schulverwaltung müssen gemeinsam nach ausgewogenen Lösungen suchen.

Der Bayerische Philologenverband kann sich folgende Lösungen vorstellen:

1. Der Unterrichtsbeginn könnte eine Woche früher als bisher nach den großen Ferien, also ca. 8./9. September, sein.
2. Zu dieser Veränderung müssen aber die Kultusminister der anderen Bundesländer ihre Zustimmung geben, und sie wären damit Bayern gegenüber auch in der Pflicht.
3. Vom Verteidigungsministerium erwartet der Philologenverband das Eingehen auf flexible Lösungen für die bayerischen Abiturienten, wie z. B. 10. Juni als möglicher Eintritt in die Bundeswehr und Sonderregelungen für besondere Gruppen von wehrdienstpflichtigen Abiturienten, etwa solche, die sich nach dem Abitur noch Begabtenprüfungen unterziehen.

Viel Wirbel wegen wenigen

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß ca. 80 % aller Abiturienten von der Wehrdienstverlängerung bzw. von einem vorgezogenen Einziehungstermin unberührt bleiben (allein 50 % eines Abiturjahrganges sind weiblich). Da Abiturienten ferner nur ca. 15 % eines Altersjahrganges stellen, wären von dieser Wehrdienstverlängerung nach den Berechnungen des Philologenverbandes gerade 3 % eines Geburtsjahrganges betroffen. Dafür aber 100 % der Abiturienten – zu Lasten ihrer Bildung.



SIE HATTEN WOHL KEINE ZEIT MEHR
ZUM HAARE-SCHNEIDEN, WAS ??
ABER DIESE FLAUSEN TREIBEN
WIR IHNEN SCHON NOCH AUS.-VERSTANDEN?

SZ

Freitag, 22. Mai 1987

Kampf gegen kürzere Gymnasialzeit

Philologen und Schüler doch an einem Strang

MÜNCHEN (dpa) - Unter dem Motto „Keine Schulzeitverkürzung wegen Wehrdienstverlängerung“ unterstützt der bayerische Philologenverband entgegen ursprünglichen Aussagen nun doch legale Aktionen der Schüler am 1. Juni. Schüler und Lehrer fordern jetzt gemeinsam das Kultusministerium auf, den Entläßtermin an Gymnasien für Ende Juni beizubehalten. Nachteile für die Schüler, wie sie durch eine Vorverlegung des Grundwehrdienstes entstehen könnten, sollen so verhindert werden, teilte der Philologenverband am Donnerstag in München mit. Die Bundeswehr solle selbst eine bayerische Sonderregelung einführen, damit den Gymnasiasten durch die Wehrdienstverlängerung keine Wartezeiten entstünden, fordern die Philologen. Ihre Hoffnung auf eine Ausnahmeregelung für bayerische Abiturienten gründen die Philologen, Bezirksschülersprecher, die Junge Presse Bayern

sowie die Schülerkoordinationsgruppen vor allem auch auf ein Gespräch mit Kultusminister Hans Zehetmaier vom Dienstag, bei dem der Minister andeutungsweise von Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium gesprochen habe.

Einen kleinen "Leckerbissen" präsentieren wir Euch noch auf den folgenden beiden Seiten: Dieses Flugblatt verteilte jemand am Rande der Würzburger Demo am 1.6.

wir befinden uns in

SCHULEN SIND FÜR EINMAL

weil wir keine lust haben uns unsere zeit klauen zu lassen wir könnten

in den 6 (oder mehr) stunden in denen wir jeden tag gezwungen sind

zur schule zu gehen viel besser die sachen lernen, die wir brauchen
das sind unsere forderungen, ~~ausser uns~~ auf ein politisches bla bla

einzuklinken. für unser selbstbestimmungsrecht tun sie alle nix.

die cdu will, daß das notensystem für das abitur verschärft wird,
so daß dann weniger leute studieren gehen. zweck dieser provokation

ist ein ~~test~~ ~~wiev~~ ~~viel~~ ~~schüler~~ ~~jetzt~~ ~~noch~~ ~~nach~~ ~~der~~ ~~bildungs-~~
der umbau der industrie auf automatisierung und high tech ist weit

gehend ange laufen. alle leute, die sich wehren könnten, sie sind

bereits bis zum ersticken mit sozialarbeiterInnen eingedeckt.

kein platz mehr für die meisten von euch in diesen berufen

klar, ist das schulsystem auf die bedürfnisse

industrie zugeschnitten. was sonst? auf eure?

suv funktionäre behaupten, daß in der schule bildung vermittelt

wird, die den leuten "chancengleichheit", gleichberechtigung

naturwissenschaften und mathe werden unterrichtet, um dich auf

einen job inner industrie vorzubereiten. englisch / französisch,

weil es nötig ist für die internationalen handelsbeziehungen, deutsch
philosophie / sozialkunde / latein / geschichte liefern die weltan-

schaung und die rechtfertigung für den massen (selbst) mord. in

keinem von den fächern erfährst du etwas über ursachen und obrigkeits-

denken und folgen der sexualunterdrückung, über ursachen des faschismus,
entstehung von krebs stattdessen sollst du dein, durch dauernde

sexualunterdrückung angeknacktes selbstbewusstsein mit schulischen
glanzleistungen aufpolieren. abgerundet wird das ganze von

einer unterrichtsform, die absoluten gehorsam einflößen
soll, so daß mensch sich in moderner passivität auch

die hirnlodesten lügen jahrelang an hören,

unwillinglerne und am schluß womöglich noch

glauben kann.



sozialer
ersetzt
reichs-
beamte

SCHULE



Schule TÖTET



Schlechte Noten: Bub erhängte sich doherin

Schlechte Note: Bub erschoss sich (9)

Aus Angst vor schlechten Noten erhängte sich dieser 15jährige Junge. Einer von vielen.

auf diese bildung können wir scheißen.
 es soll leute geben, die nach dem abi drauf sind, das sie gar nicht mehr leben können, ohne daß ihnen dauernd irgendjemand irgendwelche schieße vorkaut- und blubbert- und die sich darum reißen, nochmal 5 bis 7 jahre in nem universitätsbetonklotz- knast absitzen zu dürfen. sehr interluktuel! glückwunsch nix besseres zu tun?
 jetzt plötzlich merkt diese gruppe von leuten, die bis dahin mit dieser gesellschaft klarkam: verdammt, die wollen uns ja absägen. es laufen demos, streiks, schulbesetzungen, kurz es geht ab, wie schon lange nicht mehr aus angst, das die längst gebunkerten, zukunfts- und heilewelt-ansichten verloren gehen. linke spießer
 wenn leute in heimen, klapsen, knast einfahren, in familien gefoltert werden oder mit polizeigewalt in die schule gezwungen werden denken Sie nur daran Ihre bürgerliche existenz zu sichern!

REALISMUS IST ETWA FÜR LEUTE DIE ZU STUMPF ZUM TRÜHMER SIND



aber nicht, das mensch jetzt sagt, "solange diese gesellschaft so unmenschlich ist, können wir auf ihre philosophisch-geistigen rechtfertigungsbildungsinhalte scheißen, wir boykottieren das industrieerziehungssystem. setzen uns zusammen, bauen autonome kollektive auf und überlegen mal, was wir gegen die scheiße machen können und fangen damit an."

nee, wo kämen wir denn da hin? womöglich streichen die uns ja das bafög und rente, nee, nee, nee, ! so nicht!
 erbittert kämpft die junge hoffnungsvolle generation um ihren anspruch auf die abteilungsleiter / akademischer karriere, den sie aus ihren angeblich so wertvollen fähigkeiten und neigungen ableiten. paßt bloß auf, das ihr, die ihr so geil auf eure karriere seit, nicht in nen paar jahren genauso stumpf, verklemmt und zombiemäßig drauf seid wie eure idole und ihr daran verreckt
 boykottiert das mittr bringt die bonzen zum aussterben



WER HATTEN ZUMINDEST NOCH NIE EINEN SO HOHEN LEBENSSTANDAR!

HEIL + Dank de schule

Bildung macht FREI!

arbeitskreis ohne schule leben 0941 / 266786

Visa P. B. Bartschaft, E. i. S.

mittl. Kanalstr 34

85 Nürnberg

1. Juni 1987

Bayerischer Aktionstag gegen die Schulzeitverkürzung
KUNDGEBUNG AUF DEM WÜRZBURGER RESIDENZPLATZ

Schülerladen-Schüler-
treffpunkt e.V.,
Ulrich Kraus, Vorsitzender

Als Vertreter des Schülerladens Würzburg, der die juristische Verantwortung für diese Veranstaltung heute übernommen hat, darf ich nun die kurze Reihe der Redner beschließen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn bei dieser Demo auch zwei Lehrervertreter gesprochen hätten, denn die Lehrer sind wie wir gegen die Schulzeitverkürzung, wie uns wiederholte Gespräche mit dem Philologenverband und der GEW gezeigt haben. Hier haben sich aber leider verschiedene in der Öffentlichkeit vorgebrachte Vorwürfe gegen uns negativ ausgewirkt, so daß wir auf Reden von Vertretern der beiden Verbände verzichten mußten.

Zwei Vorwürfe sind in den letzten Wochen immer wieder gegen die protestierenden Schüler und Schülervertreter erhoben worden, zwei Vorwürfe übrigens, die in den vergangenen Jahren mit leichten Abwandlungen bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen alle möglichen Gruppen erhoben worden sind, wenn die Bayerische Regierung gegen Gegner von Teilpunkten ihrer Politik vorgehen wollte. Die eine Anschuldigung ist die, es ginge uns gar nicht um Bildungspolitik, sondern um eine Abschaffung oder Beeinträchtigung der Bundeswehr, womit indirekt die Behauptung im Raum stand, die protestierenden Schüler würden das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen.

Der zweite Vorwurf lautete, selbst wenn es unter den demonstrierenden Schülern solche gäbe, die aus voller Überzeugung und aus sachlichen Überlegungen protestierten, so würden doch ihre Proteste von linksextremen Gruppen für deren Zwecke ausgenutzt.

Es ist hier heute schon gesagt worden, ich möchte es aber noch einmal wiederholen: Unsere Proteste richten sich nicht gegen die Wehrdienstverlängerung der Bundeswehr. Jeder kann sich über die Notwendigkeit dieser Verlängerung seine eigene Meinung bilden, jeder kann selbstverständlich dafür oder dagegen sein, protestieren oder demonstrieren. Unsere Demonstrationen aber werden inhaltlich von den Schülervertretern der Bayerischen Gymnasien getragen. Diese Schülersprecher sehen es nicht als ihre Aufgabe an, gegen Entwicklungen bei der Bundeswehr zu protestieren. Vielmehr geht es ihnen um Interessenvertretung der Schüler. Kein Bayerischer Schülervertreter kann und will die Schulzeitverkürzung kommentarlos hinnehmen. Hier wird wieder einmal eine Neuansetzung auf dem Tischen der Schüler ausgetragen. Das Kultus-

ministerium, das mit den gerade erwähnten Vorwürfen versucht, die Schüler in Mißkredit zu bringen, sollte sich einmal an der eigenen Nase fassen. Das Ministerium selbst verstößt nämlich im Zusammenhang mit der Schulzeitverkürzung gegen geltende Gesetze. Zum einen ist da der gesetzlich gesicherte Anspruch der Schülervertreter auf Information in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Diese gesetzliche Regelung, die eine sinnvolle und wichtige Voraussetzung für die Interessenvertretung der Schüler ist, kann nur so verstanden werden, daß die Schülersprecher so schnell wie möglich informiert werden, spätestens aber, wenn sie selbst darum bitten, Auskunft zu bekommen. Was aber hat das Kultusministerium getan? Als im März 1985 die Bezirksschülersprecher n Auskunft über die Pläne zur Schulzeitverkürzung baten, sagte man ihnen, eine spruchreife Regelung liege noch nicht vor. Dann war ein Jahr lang nichts mehr vom Ministerium zu hören. In einem Schreiben im Dezember 1986 teilte das KM einigen Schulleitern die nun vorgesehenen Regelungen mit, über die vorher schon mit der Landeselternvereinigung und dem Philologenverband gesprochen worden war. Die Schülersprecher erhielten diese Information erst ein Vierteljahr später.

Zum anderen sind laut Art.40 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes die Schulleiter verpflichtet, die SMV bei der Interessenvertretung der Schüler zu unterstützen. Dieser Verpflichtung ebenfalls nachzukommen hat das Ministerium immer für sich in Anspruch genommen. Wie sieht nun aber diese Unterstützung aus? Die Schülersprecher müssen mit Ordnungsmaßnahmen rechnen, wenn sie mit ihrer Amtsbezeichnung sich an den heutigen Protesten beteiligen, obwohl die Teilnahme an diesem Protest auf einer gemeinsamen Tagung beschlossen wurde, also wirklich die überwältigende Mehrheit der Schülervertreter hinter den Demonstrationen steht. Die beiden unter-ränkischen Bezirksschülersprecher für die Gymnasien, Jennifer Wölker und Johannes Mierau, die für den Schülerladen die Organisation dieser Demo geleitet haben und hier vorhin gesprochen haben, konnten in der Vorbereitung nie als Bezirksschülersprecher, sondern immer nur als Beauftragte des Schülerladens auftreten. Zu allem Überfluß verschickte das Kultusministerium vor zwei Wochen ein Schreiben an die Schülervertretungen der Gymnasien, in dem behauptet wurde, der Schüler, der sich an den Protesten beteilige, verstöße gegen seine eigenen Interessen. Denkt sich das Kultusministerium denn die Unterstützung der Interessenvertretung so, daß vom Ministerium die Schülerinteressen festgelegt werden, deren Vertretung dann wohlwollend unterstützt wird? Die Schulverwaltung muß sich schon gefallen lassen, daß die Schüler selber denken, selber feststellen,

wo sie ihre Interessen sehen. Wenn das nicht erwünscht ist, dann taugen unsere Schulen nicht mehr für einen demokratischen Staat.

Auch der Vorwurf der Unterwanderung durch linksextreme Gruppen ist an den Haaren herbeigezogen. Im Gegenteil: Eine marxistische Schülerzeitung, die vor den Gymnasien Münchens verteilt wird, verwendete sogar die Schlagzeile der Unterschriftenlisten gegen die Schulzeitverkürzung, um aus den Buchstaben die Überschrift für einen Hetzartikel gegen die Schülervertreter mit dem Wortlaut "Wir wollten doch nur mehr Urlaub haben" zu schnippeln.

Unsere Proteste richten sich weder gegen eine bestimmte politische Partei, noch geht es uns darum, eine Partei zu unterstützen. Unser Protest richtet sich nach der Sache. Wer gewissenhaft Schülerinteressen vertritt, wird das eine Mal die Ziele dieser, das andere Mal die Absichten jener Partei bekämpfen oder unterstützen müssen, je nachdem, wo das Interesse der Schüler liegt. Ausschlaggebend ist nie die Partei, sondern immer die Sache.

Wenn hier vorhin ein Vertreter der ASTA gesprochen hat, dann nicht, weil er damit zum linken Spektrum der organisierten Studenten gehört, sondern weil wir die Proteste der Studenten gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes in der Sache unterstützen. Selbst Prof. Theodor Berchem hält ja z.B. Studiengebühren für eine soziale Ungerechtigkeit, wie er dieser Tage vor der Presse sagte.

Wir gehen davon aus, daß trotz allem die verschiedensten Gruppen in den nächsten Tagen z.B. in der Presse versuchen werden, unsere Proteste als von einer bestimmten politischen Richtung unterwandert darzustellen, um uns unglaubwürdig zu machen oder bei der Bevölkerung zu diskreditieren. Solche Darstellungen entbehren jeder sachlichen Grundlage.

Zurück zur Schulzeitverkürzung:

Das Kultusministerium verstrickt sich in Widersprüche noch und noch. Vom größten Widerspruch habe ich aber noch gar nicht geredet: Von den Plänen der unionsregierten Bundesländer in der Kultusministerkonferenz der Länder. Mit diesem Kalenderjahr läuft der Vertrag zwischen den Bundesländern über die gegenseitige Anerkennung der Abiturzeugnisse aus. Die unionsregierten Bundesländer haben nun für den neuen Vertrag einen Vorstoß unternommen, der auf die Schulzeitverkürzung bezogen betrachtet alles bisher dagewesene an Ungereimtheit übertrifft. Es geht um die Erweiterung des Pflichtfächerkanons in der Kollegstufe. Versteckt hinter den Klagen der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die angebliche mangelnde Studierfähigkeit der Abiturienten wird hier ein Schritt zurück zum "alten Abitur" getan. Wie aber sollen diese erhöhten Anforderungen sich mit der Schulzeitverkürzung vereinbaren lassen? Die Kultuspolitiker scheinen zu glauben, daß

man schlichtweg alles mit den Schülern machen kann. Wer kennt nicht den alten Spruch, daß der Lehrer am längeren Hebel sitzt? Auch die Lehrer haben viel unter der Schulzeitverkürzung zu leiden und sind deshalb mit uns dagegen. Im Endeffekt hat aber der Lehrer im Fall des Falles nur mehr Arbeit und mehr Straß, der Schüler aber schlechtere Abiturzeugnisse und damit schlechtere Chancen für seine weitere Ausbildung, die über sein späteres Leben entscheidet.

Auch vor 15 und 20 Jahren schon klagten die Professoren der Westdeutschen Rektorenkonferenz, daß die Abiturienten nicht mehr richtig Deutsch könnten, daß sie keine Allgemeinbildung mehr hätten und gar nicht mehr studierfähig seien. Als Ausweg wurde damals die Kollegstufe eingerichtet. Mit den selben Argumenten wird jetzt ihre Demontage betrieben. Das ist doch Unsinn!

Niemand wird die angeblich mangelhafte Ausdrucksfähigkeit von Abiturienten damit beheben, daß noch mehr Deutschstunden mit möglicherweise noch volleren Lehrplänen erteilt werden. Redefähigkeit ist nur durch Reden erlernbar. Aber die Zeit zum reden ist im Unterricht unserer Schulen längst verdrängt worden von immer mehr Stoff und immer mehr Fakten, die nur mittels Frontalunterricht von den Lehrern durchgepaukt werden können. Nun kommt noch die Schulzeitverkürzung hinzu. 1960 forderte die Kultusministerkonferenz noch Lehrpläne, deren verbindlicher Teil in etwa der Hälfte der Unterrichtsstunden bewältigt werden kann. Die Herren Minister sollten sich auf diese klugen Überlegungen zurückbesinnen, statt noch mehr Pflichtstoff anzustreben. Nur durch Möglichkeiten zu Gespräch und Diskussionen, durch mehr Zeit für die Behandlung aktueller, gesellschaftlich wichtiger und interessanter Themen kann die Ausbildung des Gymnasiums noch verbessert werden.

Eine Schulzeitverkürzung wird Lehrplankürzungen zugunsten dieser neuen Schwerpunkte schwieriger machen, denn - auch wenn das Kultusministerium das zur Zeit noch nicht zugeben will - Lehrplankürzungen für die Schulzeitverkürzung werden notwendig sein und damit den Spielraum für Kürzungen aus pädagogischen Erwägungen geringer machen. Wenn wir die Forderungen einiger CDU-Politiker nach einer Kürzung des Gymnasiums um die gesamte 13.Klasse betrachten, wird das Bild noch wesentlich schlimmer. Daß die Universitäten diese Bestrebungen unterstützen steht nicht nur im krassen Widerspruch zu ihren Forderungen nach mehr Pflichtstunden in Fremdsprachen, Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften, sondern ist auch noch sehr durchsichtig. Die Universitäten wollen davon ablenken, daß sie allein für die große Verlängerung der Ausbildungsdauer von Akademikern in den letzten Jahrzehnten verantwortlich sind. Sie haben Angst davor, das nicht nur die Schulen, .

sondern auch die Federn lassen könnten bei zurückgehenden Schüler- und Studentenzahlen.

Wir lehnen eine weitere Erschwerung des Abiturs in Bayern ab. Wir wehren uns aber auch gegen die entgegengesetzten Bestrebungen anderer Bundesländer, die verbindlichen gemeinsamen Ansprüche noch weiter zu reduzieren. Dies wäre unfair gegenüber den Abiturienten der Länder mit höheren Ansprüchen, zu denen Bayern gehört.

Ich sage es nocheinmal: Hände weg vom Gymnasium! Keine Schulzeitverkürzung, in welcher Form auch immer! Keine Rückkehr zum alten Abitur! Und noch ein Wort an das Kultusministerium: Eine demokratische Schule braucht eine Schülervvertretung, die ernst genommen wird. Wenn das Ministerium weiterhin alles über die Köpfe der Schüler hinweg macht, wird das auch schlimme Folgen für das Vertrauen der jungen Bürger in unseren demokratischen Staat haben!

Ich danke Euch allen, daß Ihr durch Eure Teilnahme an dieser Demonstration mit uns auch für die Demokratie demonstriert habt. Wenn die Bayerische Regierung die Schulzeitverkürzung auch gegen unsere Proteste durchsetzen sollte, wir werden immer dagegen sein. Eine Schulzeitverkürzung kann nur ein Provisorium werden, das schnellstmöglichst wieder abgeschafft werden muß. Wir alle müssen in den Schulen weiterdiskutieren, dürfen das Gespräch zwischen Lehrern, Eltern und Schülern nie abreißen lassen. Unsere Forderung bleibt bestehen: Keine Schulzeitverkürzung!